

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Aprilhälfte 1500.— Wkt. Einzelverkaufspr. 120 Wkt.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf: 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeitspalte oder deren Raum 300.— Mark, auswärtige 350.— Mark für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Wkt., für Reklamen 1200.— Wkt.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 98.

Freitag, 27. April 1923.

30. Jahrgang.

Das Deutsche Angebot.

Nach den vorläufigen Beratungen maßgebender Regierungsstellen über ein deutsches Angebot zu schließen, dürfte die Absendung einer Note an sämtliche alliierten Staaten und nicht ausschließlich an Frankreich allein zu Beginn der kommenden Woche möglich sein. Falls nicht unvorhergesehene Veränderungen eintreten, ist mit

einem ziffernmäßigen Angebot

zu rechnen, das im Rahmen des letzten deutschen Vorschlages für die Pariser Konferenz gehalten sein soll. Darüber hinaus dürfte sich die Reichsregierung unter gewissen Voraussetzungen bereiterklären, die endgültige deutsche Leistungsfähigkeit von Autoritäten abschätzen zu lassen. Es ist ganz selbstverständlich, daß Deutschland in dieser Abschätzungsmission vertreten sein muß und daß sie vor allem in Deutschland in bezug auf die Zusammenfassung des notwendigen Vertrauens hat. Einer Kommission, die in der Mehrheit aus Vertretern der alliierten Staaten besteht, kann die deutsche Regierung die Abschätzung unserer Leistungsfähigkeit nicht überlassen. Ueber den wichtigsten Punkt unseres Angebots, die Garantiefrage, die schließlich auch die Grundlage bilden wird für kommende Anleihen, herrscht bei den vorbereitenden Instanzen der Regierung noch keine vollkommene Klarheit. Der Reichsverband wird zwar auch künftigen Garantien übernehmen, jedoch scheint uns, daß man mit einer nackten Erklärung in einem deutschen Angebot nicht weit kommen wird, sondern klipp und klar Art und Form dieser Garantien zum Ausdruck bringen muß. Die Sicherheitsfrage dürfte eine Behandlung erfahren, der jeder Deutsche zustimmen kann. — Der Reichspräsident kehrt am Freitag nach Berlin zurück. Es ist zu erwarten, daß sich dann auch das Reichskabinett insgesamt mit den Vorbereitungen des Angebots in Gegenwart des Reichspräsidenten beschäftigen wird.

Beinnende Einsicht in Frankreich.

Stimmen aus der Provinz gegen Poincaré.

Paris, 25. April.

Der Generalrat des Departements Haute-Vienne hat eine gegen die Ruhrpolitik der Regierung gerichtete Resolution angenommen. Vor der Abstimmung entfernte sich der anwesende Präsekt.

Die Entschädigung geht davon aus, daß das sichere wirtschaftliche Gedeihen Frankreichs nur durch eine auf den endgültigen Frieden und die vollkommene Abrüstung gerichtete Politik zu erzielen sei. Sie bedauert, daß die Regierung sich zu Handlungen habe hinreißen lassen, die die internationale Lage diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich komplizieren und die die Erfüllung der berechtigten Reparationsansprüche Frankreichs hinausziehen. Der Generalrat stellt fest, daß die erste Folge der Ruhrbesetzung in Meinungsverschiedenheiten mit Frankreichs Alliierten, in einer ungeheuren Erhöhung der militärischen Ausgaben und einer Ausdehnung der militärischen Dienstzeit, ganz zu schweigen von der Verzerrung der Lebenshaltung sowie von einem Knappwerden der Brennstoffe, sich jetzt bereits zeigt. Der Generalrat richtet die Aufforderung an die Regierung,

verneinlichen Vorschlägen Gehör zu geben,

wenn direkte oder durch Vermittlung der Alliierten Frankreich veranlaßte Vorschläge eingehen, sie zu prüfen. Diese Vorschläge müßten sich auf drei Ziele erstrecken:

1. Rasche Regelung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete.
 2. Eine Friedensgarantie in Form eines Paktes, dessen Durchführung der Kontrolle des Völkerbundes zu unterstellen wäre, der ein Angriffsverbot enthalte und ferner eine Entmilitarisierung einer breiten Zone auf beiden Seiten der Grenze vorsehe.
 3. Revision der Friedensverträge.
- Der erste Teil der Entschädigung bis zu der Stelle, wo die Regierung aufseht, wird sich zu Verhandlungen herbeizuhalten; wurde mit 15 gegen 14 Stimmen, der Rest mit 26 gegen 3 Stimmen angenommen.

Paris, 25. April.

Der Generalrat von Grenoble, der über den Antrag verhandelte, die Haltung der Regierung in der Ruhrfrage zu billigen, konnte erst nach langer Aussprache eine Einigung auf die einfache Tagesordnung erzielen. Es wird erklärt, die Abstimmung schließt das Vertrauen für die Regierung in sich. Die Resolution wurde aber nur mit 17 gegen 16 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen angenommen.

Das bevorstehende Devisennotgesetz.

U. Berlin, 26. April.

Wie die Telegraphen-Union von zuverlässiger Seite erfährt, wird das Devisennotgesetz nicht mehr in dieser Woche veröffentlicht werden. Die Beratungen werden täglich fortgesetzt. U. a. fand heute früh eine Beratung des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Zentralverband der Banken und des Bankiergewerbes statt. Es wird sich bei dem Gesetz um ein Notgesetz auf Grund des Rahmengesetzes vom 24. Februar 1923 handeln, das nicht dem Reichstag zur Bewilligung vorgelegt werden muß, sondern nur der Genehmigung des Reichsrates bedarf. Es handelt sich hierbei

um eine Abänderung und Verschärfung des Devisengesetzes vom 12. Oktober 1922. In diesem war bekanntlich der Verkauf von Devisen von einer Handelsstammenerlaubnis abhängig gemacht worden, die aber selbstverständlich allen Kaufleuten, die in Ausland Einkäufe zu machen haben, gegeben werden mußte. Es bestand hierbei für die Banken, die die Devisen im Auftrage der Kaufleute beschafften, die Verpflichtung, den zuständigen Finanzämtern Nachricht über diese Käufe zu geben zu lassen. Außerdem fand eine genaue Kontrolle bei der Devisenberechnungsstelle der Reichsbank statt. Als eine erhebliche Lücke in dem Gesetz stellte sich allmählich die Tatsache heraus, daß keine ordnungsmäßige Kontrolle stattfinden kann, wenn die Banken für sich selbst Devisengeschäfte machen. Infolgedessen besteht die große Gefahr, daß Banken in eigenen Devisengeschäften den Devisenmarkt entscheidend beeinflussen können. Da insbesondere deutsche Banken, deren Aktien im Besitz von Ausländern sind, in dieser Hinsicht in der letzten Zeit häufig Geschäfte zum Nutzen der Markt in großem Umfange gemacht haben, diese Tatsache hat in der heutigen Sitzung des Reichswirtschaftsministeriums eine entscheidende Rolle gespielt.

Aus dem Ruhrgebiet.

SPD. Essen, 26. April. (Eig. Drahtber.)

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wurde gegen einen Personenzug auf der Strecke Essen-Altenessen ein Anschlag verübt. Der französische Kommandant hat deshalb den zwischen Essen-Rord und Altenessen von deutscher Seite eingerichteten Verkehrsverkehr, durch den die Verbindung zwischen der Köln-Mindener und der Bergisch-Märkischen Strecke aufrecht erhalten wurde, verboten. Ferner forderte er die Essener Stadverwaltung auf, innerhalb drei Tagen die Täter auszuliefern, andernfalls sollen der stellvertretende Bürgermeister und der Polizeikommissar des in Frage kommenden Reviers verhaftet werden. — In Witten-West ist eine neue Kontrollstelle für Güterzüge eingerichtet. — Am 24. 4. wurden auf der militarisierten Nordstraße 14 Züge mit 239 Koks-, 8 Brikett- und 192 Kohlenwaggons und auf der Südstraße drei Züge mit 50 Koks- und 27 Brikett- und Kohlenwaggons abtransportiert. Zum Abtransport von Brennstoffen wurden am 25. 4. im besetzten Gebiet 4005 Waagen bei einem Ausfall von 648 Waagen, im unbesetzten Gebiet 2190 Waagen ohne Ausfall gestellt.

Franzosen und Kommunisten.

Alle Versammlungen der politischen Parteien und Gewerkschaften bedürfen im Ruhrgebiet der Genehmigung des zuständigen französischen oder belgischen Kommandanten. Nur die Versammlungen der Kommunisten genießen ein besonderes Vorrecht. Die KPD darf in dieser Hinsicht tun und lassen was sie will, weil die Besatzung die einzigen Hoffnungen auf sie setzt. Am Mittwoch haben die kommunistischen Betriebsräte aus der Berg- und Hüttenindustrie des Ruhrlandes und Westfalens ohne Behinderung durch die Besatzung in Essen versammelt, um sich mit dem sogenannten „Kohlen- und Leinwandstreik“ des französischen Imperialismus und die Sicherung der Deputatstühle zu beschäftigen. „Einstimmig“ wurde die Errichtung einer „Arbeiterregierung“ verlangt und beschlossen, die Deputatstühle in Zukunft ohne Erlaubnis der französischen und belgischen Offiziere zu holen und auf den einzelnen Bergwerken sofort Kohlenverteilungsstellen zu bilden. Schon aus der Verkündung politischer Forderungen mit wirtschaftlichen Wünschen erahnt sich der Sinn der kommunistischen Aktion. In einem Aufruf haben die vier Bergarbeiterverbände bereits darauf hingewiesen, daß die kommunistischen Bestrebungen darauf hinauslaufen, politische Ziele zu erreichen und den passiven Abwehrkampf in einen aktiven zu verandern. Es ist deshalb kaum anzunehmen, daß sich die Bergarbeiterkraft des Ruhrreviers zu Massendemonstrationen und einem Generalstreik verleiten läßt, nachdem das kommunistische Bedürfnis nach einem politischen Geschäft einwandfrei feststeht.

Festhalten am passiven Widerstand.

Ein Aufruf der Bergarbeiterverbände.

Dortmund, 26. April.

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: In großem Umfange werden von den Franzosen und Belgiern Zechen besetzt, um den gelagerten Koks abzutransportieren. Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten versuchen, ihre Generalstreikparole zu verwirklichen, indem sie in Belegschaftsversammlungen und in ihrer Presse verlangen, daß, wenn auf einer Zeche die Koks- und Kohlenhalden abgeperrt sind, die Belegschaften in der Streik treten müßten, da unter Bajonetten nicht gearbeitet werden dürfe. Die Absicht dieser Parteien ist eine andere. Sie wollen den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven machen. Die Vorgänge in Mülheim und Essen beweisen es. Der Abwehrkampf war bisher nur deshalb so erfolgreich, weil er mit Ruhe und Besonnenheit geführt wurde. Unter Bajonetten soll und wird nicht gearbeitet werden. Wenn nun die Koks- und Kokslager abgeperrt, aber die übrigen Zechenanlagen von Militär frei sind, kann von einem Arbeiten unter Bajonetten keine Rede sein. Ausschlaggebend bei jeder Maßnahme muß sein, nicht oder schadet sie dem Gegner oder der eigenen Sache? Ein Generalstreik oder gewalttätiges Vorgehen nützt aber nur dem französischen Imperialismus und Militarismus. Weist das Verhalten der Kommunisten und Syndikalisten zurück, folgt nach wie vor den Weisungen der Bergarbeiterorganisationen!

Dollar 29.000.

Nachträgliches zur Curzon-Rede.

Ziffernmäßiges Angebot oder nicht?

Von Rud. Breitscheid.

Nachdem der amtliche Bericht über die Verhandlungen des House of Lords vom 20. April eingetroffen ist, empfiehlt es sich, noch einmal auf die aufsehenerregende Rede des Lord Curzon zurückzukommen, besonders, da die ersten telegraphischen Uebersetzungen dieser Ausführungen vielfach ungenau und zum Teil widerspruchsvoll gewesen sind. Freilich beseitigt auch das stenographische Protokoll die Unklarheiten keineswegs vollständig, und an verschiedenen Stellen fragt man sich vergebens, was der englische Außenminister mit seinen Worten in Wirklichkeit gemeint hat. Aber da man annehmen muß, daß er in voller Absicht eine Ausdrucksweise gewählt hat, die verschiedener Auslegungen fähig war, so ist es nicht unwichtig, diese Zweideutigkeiten hervorzuheben und vor falschen Schlußfolgerungen und vor Illusionen über die wahren Absichten Englands zu warnen.

In zwei Punkten ist Lord Curzon völlig präzise. Er rät zu einem deutschen Angebot, das je früher, um so besser abzufenden sei, und er fügt hinzu, daß er diese Mahnung fortgesetzt an die deutsche Regierung gerichtet habe. Damit ist die Andeutung bestätigt, die ich im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag machte. Leider wurde meine Frage nach englischen Eröffnungen, wie sehr viele andere, von dem Minister v. Rosenbergs nicht beantwortet, aber es steht nur fest, daß das Kabinett Curzon den Eindruck hätte vermeiden können, als handle es bei der Formulierung eines Vorschlages unter einem gewissen englischen Druck, wenn es zuvor den von London kommenden diplomatischen Ratshälgen gefolgt wäre.

Wie aber soll nach Curzons Meinung das deutsche Angebot aussehen? Hier gibt seine Rede keine sicheren Aufschlüsse. Der in Frage kommende Passus sei wörtlich zitiert:

„Ich kann das Widersprechen der deutschen Regierung verstehen, eine bestimmte Summe zu nennen. Vor allem, weil sie erklären mag, daß sich die Bedingungen, durch die Ereignisse der letzten drei Monate so stark geändert haben, daß das, was im Januar möglich war, im April nicht länger möglich ist. Ferner sieht sie sich der Tatsache gegenüber, daß sich Frankreich auf die hohen und, wie wir glauben, unmöglichen Ziffern, die im Mai 1921 fixiert wurden, festgelegt hat, und ich kann es verstehen, wenn eine Macht Bedenken dagegen trägt, einen Vorschlag mit bestimmten Zahlen zu machen, der unmittelbar abgelehnt werden würde. Aber ich für meinen Teil kann nicht umhin, zu glauben, daß, wenn Deutschland ein Angebot seiner Bereitwilligkeit und Zahlungsabsicht machen würde und die Festlegung der Zahlungen den eigens mit der Aufgabe betrauten Autoritäten überließe, und wenn es gleichzeitig spezifizierte Garantien für die dauernden Zahlungen anböte, damit ein Fortschritt gemacht wäre, Frankreich hat mehr denn einmal seine Bereitwilligkeit bezeugt, eine Eröffnung zu akzeptieren die ihm allein gemacht würde, — in diesem Falle wäre es bereit, sie seinen Alliierten mitzuteilen — oder die ihm zusammen mit seinen Alliierten zuginge.“

Der englische Minister würde also begreifen, wenn Deutschland eine Fixierung der gesamten Reparationssumme ablehnte. Das ist klar. Aber mißverständlich ist sein Hinweis auf die Stellen, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands bestimmen sollen. Er hat in anderem Zusammenhang seiner Rede erwähnt, daß die Vereinigten Staaten auf die deutsche Leistungsfähigkeit durch ein internationales Sachverständigenkomitee prüfen zu lassen, nicht eingegangen sind und daß Frankreich diese Idee von vornherein abgelehnt hat. Welches sollen nun die von Curzon erwähnten Autoritäten sein? Ist unter ihnen die Reparationskommission zu verstehen oder irgend ein Gremium, das eigens zu diesem Zweck von den Alliierten berufen wird, oder was sonst?

Wie es heißt, hat das deutsche Auswärtige Amt durch den Botschafter in London bei Lord Curzon Erkundigungen über den Sinn seiner Bemerkungen einziehen lassen, und es ist in der Tat notwendig, hier klar zu sehen, da, ab nun bestimmte Ziffern genannt werden, oder nicht, eine Nachprüfung der finanziellen Möglichkeiten Deutschlands notwendig werden kann und wir es, wenn irgend angängig, verhindern müssen, irgend einen unbekanntem Schiedsgerichtshof auf Gnade oder Ungnade überantwortet zu werden.

Außerdem aber werden die Dinge noch weiter dadurch kompliziert, daß der englische Außenminister zum mindesten grundsätzlich an dem Zahlungsplan festhält, den Bonar Law im Januar der Pariser Konferenz unterbreitet hat. Er will zwar nicht sagen, daß er streeotyp unveränderlich in seinen Einzelheiten sei und daß England nicht bereit sei, in Diskussionen über diesen Gegenstand einzutreten, aber im allgemeinen verharre man doch bei den damaligen Vorschlägen. Nach ihnen sollte die deutsche Reparationsleistung mindestens 50 Milliarden und höchstens 67 1/2 Milliarden Goldmark betragen, die Jahreszahlungen würden sich nach einem vierjährigen Moratorium bis 1930 auf 2 Milliarden Goldmark, in den Jahren 1931 und 1932 auf 2 1/2 Milliarden Goldmark, und von da ab auf 3 1/2 Milliarden Goldmark

besäßen, wenn nicht ein Schiedsgericht es dauernd bei den 24 Milliarden belände ließe.

Kurz zusammengefaßt wäre also der Standpunkt Englands der: Deutschland braucht keine bestimmte Ziffer zu nennen, die Höhe seiner Zahlungen wird durch — unbekannt — „Autoritäten“ festgelegt, die britische Regierung hält aber im allgemeinen an der Minimalsumme von 50 Milliarden fest. Das heißt nichts anderes, als daß man sich in London von den Pariser Berechnungen, die sich ja ebenfalls in der letzten Zeit um 50 Milliarden bewegt haben, nicht so weit entfernt hat, wie hier und da unter dem ersten Eindruck der Curzon'schen Rede angenommen wurde.

Wenn nun aber — und zwar mit Recht — die genannte Summe für unerwünscht gehalten wird, und wenn trotzdem die Gefahr besteht, daß bei den Beratungen der „Autoritäten“ die englischen Vertreter ihre Stimme zugunsten eines Vertrages abgeben, der sich den 50 Milliarden nähert, so wird es aufs neue fraglich, ob die deutsche Regierung wirklich gut daran täte, ihrerseits auf die Nennung einer festen Zahl zu verzichten. Sie gäbe sich damit weit rücksichtloser in die Hände der Alliierten, als wenn sie von vornherein erklärte: So und so viel glaube ich leisten zu können und will ich leisten. Selbst wenn dann eine Nachprüfung ihrer Offerte stattfände, würden ihre Aussichten nach aller Wahrscheinlichkeit noch immer günstiger sein, als bei einer allgemeinen Verhinderung ihrer Bereitschaft zu Reparationszahlungen. Das Kabinett sollte sich also durch die Bemerkungen Curzons über die Schwierigkeiten einer genauen Fixierung der Leistungen nicht in seiner Abneigung gegen eine ziffermäßige Festlegung bestärken lassen, zumal da ein festes Angebot eine günstige Wirkung — wenn nicht auf die französische Regierung — so doch auf die französische Bevölkerung ausüben würde. Daß im übrigen, wie man sich auch entfallen mag, kein Vorschlag, der nicht genau ausgearbeitete Garantien bietet, Aussicht auf Erfolg besitzt, hat auch der englische Minister mit genügender Deutlichkeit ausgesprochen.

Rutiner gegen Davidsohn.

Berlin, 25. April.

Das vor der Strafkammer des Landgerichts I Berlin wurde am Mittwoch die Beratung des Genossen Reich Rutiner gegen Davidsohn verhandelt. Davidsohn hatte Rutiner bekanntlich vorgeworfen, den Parteigenossen Eichhorn erschossen zu haben. In der ersten Sitzung wurde Davidsohn freigesprochen. Der Prozeß führt zurück in die Januarwoche 1919, in denen Rutiner dem Regiment „Kochsch“ angehöre. Rutiner führte eine Partouille und fand nach einem Ungefall in einem Hause am Schiffbauerdamm einen betrunkenen Mann, der entwischt wurde, sich aber plötzlich wieder im Besitz von Waffen befand und eine lebhafte Handgranate entzündete, um sie gegen die Partouille zu werfen. In diesem Augenblick waren ihn die Augen Rutiners, der diese Tat immer als Mordwehr bezeichnete. In der Beweisaufnahme wurden eine ganze Reihe Zeugen, ehemalige Kameraden Rutiners und Mitglieder des Hauses, in dem sich die Tat abspielte, vernommen. Fast alle Zeugen sagten aus, daß sich die Kameraden Rutiners in großer Gefahr befanden, da der erschossene Eichhorn bereits die entzündete Handgranate schmeißt und sie im nächsten Augenblick abgehen könnte, was natürlich den Tod einer ganzen Reihe Personen herbeiführen hätte. Die Kameraden Rutiners betonen zum großen Teil, daß in diesem Augenblick nicht anders gehandelt werden konnte. Eine Zeugin sagte aus, daß Eichhorn von ihr um 8 Uhr morgens in einer angrenzenden Straße im Hausstillen verlor, um auf den Dachboden zu gehen. Als die Vernehmung Davidsohns mußte gegeben, daß sich im Verhältnis zu der ersten Verhandlung eine veränderte Sachlage ergeben habe. Ein vom Vorsitzenden angeregter Vergleich kam aber nicht zustande. Die Urteilsverhandlung erfolgte am Donnerstag.

Das Urteil.

Berlin, 26. April.

In dem Prozeß Rutiner gegen Davidsohn veränderte das Gericht nach fünfzehntägiger Verhandlung und nach einer vollständigen Beratung folgendes Urteil: Bei keinem Urteil hat sich das Gericht von folgender Erwägung leiten lassen: Die Grundlage der Straftatlage war der Brief des Angeklagten Davidsohn vom 22. April 1920, welcher zwei Behauptungen enthält, die den Richter in der öffentlichen Meinung herabwürdigen: 1. er habe Eichhorn erschossen; 2. er sei aus dem Reichsbund für Arbeitsbeschäftigte hinausgeworfen. Beide Behauptungen enthalten offenkundig ehrenverletzende Tatsachen. Beide Parteien sind nach Überzeugung des Gerichts nicht erweislich wahr.

In dem Falle Eichhorn nimmt das Gericht folgende Feststellung an: Eichhorn war ein angesehener Mann, der sich ungeschicklich benommen hat und mit keinem Geschrei wenig jedoch unangenehm umging; daher bildete er eine Gefahr. Da er sich vor der Partouille nicht genügend ausweilen konnte, soll er abgeführt werden. In diesem Augenblick wird er entwischt. Darüber ist er erst recht. Es gelingt ihm, sich wieder Waffen zu verschaffen, und zwar einen Karabiner und zwei Handgranaten. Diese sollten ihm erneut abgenommen werden, dabei legt sich Eichhorn zur Wehr, entzündete eine Handgranate, und es lag der Gedanke nahe, daß er abgehen will. Dann in dem angeregten, erregten Zustand ist er sich nicht im Klaren gewesen, daß er sich selbst in Gefahr bringt. Diese entzündete Handgranate wird ihm vom Zeugen Rutiner entzogen. Jetzt stellt er zur zweiten Handgranate und schreit mit dieser, was sich aus den Schreien seiner Reihe von Zeugen ergibt. Den Umständen der drei Frauen, die betrunken haben, daß Eichhorn waffenlos war, hat das Gericht keine entscheidende Bedeutung beigegeben, da es nicht von der Nähe des Schusses haben und nicht genau beobachtet werden konnte. Das Gericht ist der Überzeugung, daß die zweite Handgranate entzündet war, aber nicht, da sich die Augenzeugen widersprechen. Im Augenblick, als Eichhorn mit der zweiten Handgranate handelte, trafen ihn beide Schüsse, wahrscheinlich durch den Arm, dann der Brust. Die letzten Angriffe des Eichhorn vor den beiden Schüssen haben bei dem Gericht die Überzeugung begründet, daß auch Eichhorn die zweite Handgranate absichtlich entzündet und dann auch abgehen wollte, um sich keine Widerstände vom Hause zu machen. Es handelte sich um einen vorsätzlichen Angriff des Eichhorn gegen Rutiner. Das Gericht hat die Meinung, daß das gegenseitige Mittel nach Lage der Sache war, durch einen einzigen Schuß den Eichhorn tödlich zu verletzen zu machen.

Bei der Beratung der Straftat hat das Gericht folgendes festgestellt: Die Angeklagten sind im politischen Kampf, einschließlich des Reichsbundes, getätigt; daher hat das Gericht von einer Freiheitsstrafe Abstand genommen. Die Tat wurde aber begangen vor Inkrafttreten des Schuldschuldengesetzes. Die höchste Geldstrafe war bis dahin 500 M.; dieses mildere Gesetz ist daher anzuwenden. Daher kann nicht auf eine höhere Strafe als 500 M. erkannt werden. Das ist das Gericht auch als angemessen erkannt. Es hat daher folgendes Urteil: Das Reichsbundgesetz vom 22. April 1920, das wegen Verletzung des § 186 des StGB, und je der Reiter des Reichsbundes verurteilt.

Die „Freiheitspartei“ vor dem Staatsgerichtshof.

SPD, Leipzig, 26. April. (Eig. Drahtber.)

Am Donnerstag begannen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik die Verhandlungen über die Verurteilung der Deutschvölkischen Freiheitspartei gegen deren Auflösung in Preußen und anderen Ländern. Als Vertreter der aufgelösten Partei sind die Abgeordneten Wulke, Hennig und Graefe sowie Graf Reventlow erschienen. Ihnen zur Seite steht Rechtsanwält Herold. Den Vorsitz führt Präsident Schmidt.

Der Berichterstatter, Reichsgerichtsrat Doehn, der die Entziehung der Auflösung erklärt, rückt sich auf die schriftlichen Berichte der drei Abgeordneten und des Reichsstaatsanwalts sowie auf die Statuten und das „vorliegende“ Programm der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Bei der Verlesung des § 1 der Statuten, der besagt, daß die Partei gerichtlich eingetragen werden soll, wird festgestellt, daß die Eintragung noch nicht erfolgt ist.

Es folgt dann der Bericht über die Geschichte der Auflösung in Preußen, die im wesentlichen aus der Debatte im Preussischen Landtag bekannt ist. Die Begründung des Verbots sagt, daß die Partei die Fortsetzung der vertriebenen „nationalistischen“ Bewegung ist, und die Beseitigung des Parlamentarismus auf verfassungswidrigen Wege erstrebt. Die Bekämpfer der Partei bezeichnet alle Auflösungen und Verbote als unethisch. Die Partei sei lediglich die Fortsetzung der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft. Ihre Turnerschaften hätten der Ermächtigung der Jugend und dem Schutze gegen den roten Terror (1) und nicht dem Zweck, den Parlamentarismus auf dem Wege der Gewalt zu beseitigen, gedient. Das Abkommen mit Hitler sei öffentlich bekannt gewesen und behaupte keinesfalls eine Verheimlichung oder die Unterstellung der Deutschvölkischen Freiheitspartei unter Hitlers Kommando. Mit den Waffenfunden bei einzelnen Parteimitgliedern habe die Partei selbst (1) nichts zu tun. Die sich unter dem Material befindlichen Programme und Organisationsentwürfe seien nur unbedeutend gebliebene Vorschläge von einzelnen Mitgliedern. Umfangreich ist das zur Verlesung gelangende Material über den Zusammenbruch der in Preußen verbotenen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Der Berichterstatter teilt mit, daß auch der Reichsminister Dr. Doer auf Grund des vorliegenden Materials der Auflösung gemessen sei, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei tatsächlich die Fortsetzung des Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist.

Der Berichterstatter beschäftigt sich dann noch mit dem deutschvölkischen Soldatenbund, dem R. K. S. und den Turnerschaften der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Der Soldatenbund ist nach Ansicht der preussischen Regierung eine Fortsetzung des aufgelösten Verbandes nationalsozialistischer Soldaten. Die Turnerschaften sind nach Ansicht der preussischen Regierung eine Partei, die die Deutschvölkische Freiheitspartei sehr leicht gegen die Revolution bewegen könne. Die Besprechung R. K. S. gehe nach den Angaben der Bekämpfer der Partei Kampfkörpers und bedeute die Zusammenfassung aller vaterländischen Organisationen.

Rechtsanwalt Herold versucht dann zu beweisen, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei eine politische Partei ist, die nicht verboten werden könne. Der Staatsgerichtshof habe sich zunächst mit dieser Frage zu beschäftigen. Wenn er zu der Ansicht komme, daß auch politische Parteien verboten werden könnten, kann er eine sehr lange Verhandlung und im Interesse der Staatsicherheit der Öffentlichkeit notwendig.

Herold erklärte v. Graefe, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei durchaus im Rahmen der Verfassung den letzten Parlamentarismus durch eine wirkliche Volkserziehung ersetzen wolle. Die Turnerschaften würden unter seiner Leitung; er übernehme für alles, was sie öffentlich leisten könnten, die volle Verantwortung. Sie hätten die Aufgabe, nur in der Wehr öffentlich tätig zu sein. Nachher sei beantragt worden, die Reichswehr auf die kommunistischen Revolutionsversuche innerhalb der Truppe aufmerksam zu machen und sie über die Deutschvölkische Freiheitspartei aufzuklären.

Die bekannte Wannsee-Versammlung sei lediglich eine „Geburtsstunde“ gewesen. Die völkischen Kampfkörpers seien geplant, aber noch nicht fertiggestellt. Sie bildeten den Zusammenstoß aller vaterländischen Verbände, die sich im Notfall der Reichsregierung zur Verfügung stellen sollten. Die Kampfkörpers seien keine Bestandteile der Deutschvölkischen Freiheitspartei, aber die Turnerschaften der Partei hätten sich verpflichtet, sich den Kampfkörpers zur Verfügung zu stellen.

Hennig verliest dann zum Beweise für die angeblichen kommunistischen Verfassungskämpfer in der Reichswehr zwei Briefe, in denen darüber gesprochen wird, wie man Kommunisten in die Reichswehr hineinzubringen könne. Der deutschvölkische Soldatenbund sei nicht die Fortsetzung des Verbandes nationalsozialistischer Soldaten. Die Partei habe sich mit Waffenbeschaffungen nicht beschäftigt. Ob einzelne Ortsgruppen oder Personen das getan hätten, wisse er nicht. Jedenfalls aber könne man die Partei nicht dafür verantwortlich machen.

In einer längeren Rede erklärte der Vertreter der Ortsgruppe Halle, in der Deutschvölkischen Freiheitspartei verkörpere sich die lauterste und reinste Geltung des deutschen Volkes.

Dann sprach Reichsminister Herrmann, wie er dazu komme, die Wannsee-Versammlung als eine harmlose Geburtsstunde hinzustellen; ob ihm nicht bekannt sei, daß ein Reichswehr-offizier berichtet habe, nachher habe in dieser Versammlung über die zum 31. März bevorstehende Auflösung der vaterländischen Verbände und den sich daraus ergebenden Entscheidungslampf gesprochen, in dem die Reichswehr neutral bleiben müsse. Graefe bezeugte diesen Bericht als unklar; andere Offiziere hätten diese Äußerung nicht getan.

Rechtsanwalt Herold erklärte, daß Richard Kunze vor einigen Tagen vor dem Staatsgerichtshof ausgesagt habe, die Deutschvölkische Freiheitspartei wolle gewalttätig die Verfassung ändern. Wulke bestritt das.

Darauf vertagt sich der Staatsgerichtshof auf nachmittags 4 1/2 Uhr.

SPD, Leipzig, 26. April. (Eig. Drahtber.)

In der Nachmittagsung kamen die Vertreter der Regierungen Preußens, Thüringens und Sachsens zu Wort, die nochmals unter Verlesung des zum großen Teil bekannten Materials die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei begründeten. Sie kommen zu dem Schluß, daß die Partei keine politische Partei im allgemeinen Sinne ist, die eine Fortsetzung der aufgelösten Organisationen darstellt und in ihren Turnerschaften und Kampfkörpers eine militärische Organisation besitzt, deren Aufgabe nur sein kann, den Parlamentarismus mit Gewalt zu beseitigen. Der Vertreter Preußens erklärt ausdrücklich, daß die Reichswehr an diesen Dingen nicht beteiligt ist. Weiteres Material wolle die Regierungsvorstellung wegen Gefährdung der Staatssicherheit in öffentlicher Sitzung nicht vorlesen. Abg. Graefe bestritt, daß die Turnerschaften geheime militärische Organisationen sind, und bittet um Ausschluß der Öffentlichkeit, um zu dieser Angelegenheit nähere Angaben machen zu können. Er kann auf diese Aussagen am meisten verzichten, als hier behauptet worden sei, die Reichswehr wisse nichts von den Dingen. Die deutschvölkischen Turnerschaften hätten sich zur Wehr des äußeren Feindes der Reichsregierung offiziell zur Verfügung gestellt. In Oberdeutschland hätten die vaterländischen Verbände sich jetzt wieder auf die Selbstorganisationen beschränkt, zu denen auch die Turnerschaften gehören.

Rechtsanwalt Herold tritt nochmals der Auffassung entgegen, als könnten politische Parteien verboten werden und beantragt Ausschluß der Öffentlichkeit. Hierauf zieht sich der Gerichtshof zurück und schließt um 7 Uhr abends wegen Gefährdung der Staatsicherheit die Öffentlichkeit ab.

Die örtlichen Sonderzuschläge.

Unbefriedigende Lösung.

Die in der Zeit vom 19. bis 24. April im Reichsfinanzministerium abgehaltenen Verhandlungen über die örtlichen Sonderzuschläge der Beamten führten zu einer Regelung für das ost- und norddeutsche Gebiet, die Grenzgebiete und insgesamt 14 Großstädte mit zahlreichen Bezirken. Die weitergehenden Wünsche der Beamten und Gewerkschaften, die in den verschiedenen Bezirken vorhandenen Härten durch Berücksichtigung einer größeren Zahl von Orten auszugleichen, wurden von der Regierung abgelehnt. In vielen Orten gehen auch nach der neuesten Regelung die Beamten leer aus. Das dadurch die Stimmung in der Beamtenenschaft verbessert wird, kann die Regierung kaum annehmen. Die von ihr bei den Verhandlungen gemachten Zugeständnisse unterliegen noch der Beschlußfassung des Reichstags, die aber erst Anfang Mai zu erwarten ist. Die Zuschläge selbst sollen ab dem 1. März gewährt werden. Der für das heimische Gebiet höchste Prozentlag beträgt 224; auf Hamburg entfallen 200, auf Berlin 182 Prozent. Für die Vororte, soweit sie nicht mit den Großstädten gleichgestellt wurden, sind entsprechende Abstriche vorzunehmen. Für das besetzte Gebiet soll außer der Erhöhung der Sonderzuschläge noch eine Erhöhung der Belegschaftszahl in Betracht kommen.

Abgebligte Demuzianten.

Denunziationen gegen den „Vorwärts“.

Der Landesverband Berlin der denunzianten Partei hat, wie die „Deutsche Zeitung“ mitteilt, an den Oberstaatsanwalt einen Brief gerichtet, in dem er beantragt, der „Vorwärts“ habe sich durch den Artikel „Die Lehren des Kochsch-Bühnes“ von Hermann Schützinger gegen das Gesetz zum Schutze der Republik vergriffen. Darauf erfolgte dieser Bescheid:

Der Oberstaatsanwalt, Leipzig, den 20. April 1923.
An die Denunzianten Partei, Landesverband Berlin.

Ich habe das Schreiben vom 14. d. M. Nr. 37 IV. 23. Der Artikel: „Lehren des Kochsch-Bühnes“ von Hermann Schützinger in Nr. 172 des „Vorwärts“ vom 13. April d. J. enthält eine Verleumdung gegen das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922, zu dessen Verstoßung ich zuständig wäre. Im übrigen habe ich die Zeitung an den Herrn Generalkonsul in Berlin weitergeleitet, der für die Verleumdung eines durch den Artikel etwa bezogenen Vergehens gegen die allgemeinen Strafgesetze zuständig wäre.

Die Heberzeugung der Angelegenheit an den Berliner Staatsanwalt kann nach Lage der Sache rechtlich nichts mehr als eine Formalität sein. Es bleibt also bei der guten Absicht, für die wir den Landesverband Berlin der Denunzianten Partei hiermit öffentlich unsere herzlichsten Dank aussprechen. Man sieht einsehen, was alles zu erwarten wäre, wenn es den Reaktionsären einmal gelänge, die Justiz wieder ganz in die Hand zu bekommen!

Die Heberzeugung der Angelegenheit an den Berliner Staatsanwalt kann nach Lage der Sache rechtlich nichts mehr als eine Formalität sein. Es bleibt also bei der guten Absicht, für die wir den Landesverband Berlin der Denunzianten Partei hiermit öffentlich unsere herzlichsten Dank aussprechen. Man sieht einsehen, was alles zu erwarten wäre, wenn es den Reaktionsären einmal gelänge, die Justiz wieder ganz in die Hand zu bekommen!

Die „Sturmtruppe“ vor dem bayrischen Landtag.

(Eig.) München, 24. April.

Im bayrischen Landtag stand heute ein sozialdemokratischer Antrag auf Auflösung aller Sturmabteilungen und Sturmscharen zu einer längeren politischen Debatte, in der zunächst der Sozialdemokrat Saenger von der drohenden Gefahr eines Bürgerkrieges sprach und die Nationalsozialisten beschuldigte, den Franzosen in die Hände zu arbeiten und der bayrischen Regierung einen Vorwurf machte, sich aller Machtmittel gegenüber den rechtsstehenden Kreisen begeben zu haben. Der Demokrat Dr. Müller-Meinigen sprach ebenfalls für ein gleichmäßiges Verbot aller Sturmtruppen aus und beklagte den Mißbrauch des nationalen Gedankens zu parteipolitischen Zwecken. Dr. Müller sprach in diesem Zusammenhang von einer Bankrotterklärung der bayrischen Regierung, die er für die außenpolitische Folge ihrer Ohnmachtspolitik verantwortlich macht. Auch der Redner des bayrischen Bauernbundes, Engelsberger, wies darauf hin, daß die nationalsozialistische Bewegung die Gefahr eines Bürgerkrieges in gefährlicher Nähe gerückt habe. Für die Bayrische Volkspartei bezeichnete Abg. Scheffer die heutigen Volkshilfsvereine als Parteihilfsgruppen und Prätorianer-Garden. Die nationalsozialistische Bewegung arbeite mit Methoden, die letzten Endes den revolutionären Umsturz, den Untergang und Zusammenbruch bedeuten müssen. Im übrigen verlangte Abg. Scheffer, daß die Regierung energisch die Staatsautorität in die Waagschale wirft. Der Redner der denunzianten Mittelpartei, Brojusz, setzte für seine Partei alle vorliegenden Anträge als überflüssig mit dem Hinweis ab, daß bereits im Reichstag ein Antrag auf Ergänzung des Strafgesetzbuches zur Bekämpfung des Verfallens vorliege. Im übrigen verteidigte er die „vaterländischen Verbände“ in der Debatte gegen die erhobenen Angriffe.

Die Debatte konnte noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Die Stellungnahme der Regierung wird in der morgigen Sitzung erfolgen.

Sozialdemokratische Erfolge in der Schweiz.

Bei den in der vorigen Woche stattgefundenen Kantonsratswahlen in Zürich sind im ganzen gewählt worden: 66 Bauern, 11 Christlichsozialen, 32 Demokraten, 9 Evangelische, 49 Freikämmerer, 5 Grüttlianner, 10 Kommunisten und 76 Sozialdemokraten. Kommunisten und Sozialdemokraten besaßen im alten Rat zusammen 76 Mandate oder 33 Proz. der Gesamtzahl. Dieses Verhältnis ist beibehalten worden. Die Verchiebung ist innerhalb dieser Parteien vor sich gegangen. Die Sozialdemokraten steigern ihre Mandatzahl von 62 im alten auf 76 im neuen Kantonsrat, während die Kommunisten von 14 auf 10 zurückgegangen sind. Die Grüttlianner sind ebenfalls von 7 auf 5 Mandate zurückgegangen. Ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse sich mehr und mehr unter der Fahne der Sozialdemokratie zusammenfindet.

Der Devillen-Dolchstoß.

Unsere Mitteilungen über den Kampf der Schwerindustrie gegen die Markt haben die bürgerliche Presse veranlaßt, von der Reichsregierung Aufklärung über die Vorgänge am Devisenmarkt zu fordern. Das „Berliner Tageblatt“ teilt bei dieser Gelegenheit mit, daß ihr von erst zu nehmender Seite versichert worden ist, in den kritischen Tagen seien geschlossene Kartellgruppen für die Hebung des Devisenmarktes tätig gewesen. Wir selbst haben vor wenigen Tagen mitgeteilt, daß der Sines-Konzern als Devissenkäufer in großem Umfange aufgetreten ist. Ergänzend sei dem heute hinzugefügt, daß speziell die Herrin Stinnes nahegehende Berliner Geschäft, die Berliner Handels-Gesellschaft, als Großkäufer für Devisen auftrat. Unverkennbar ist, daß das „Berliner Tageblatt“ darauf hin, daß die vorgeschriebene Devisenmarktordnung die Möglichkeit gibt, die wichtigsten Devisenkäufer namhaft zu machen und dabei auch zu ermitteln, ob die Devisenkäufe notwendig gewesen sind. Es fährt fort: „Diese Untersuchung muß sofort vorgenommen werden, und ihre Resultate müssen schonungslos offengelegt werden. Erweist es sich als richtig, daß von irgend welchen Seiten ein Dolchstoß gegen die Währungsfront an der Ruhr geführt worden ist, so müssen diejenigen Kreise bloßgestellt werden, die ihn geführt haben — zur Verhinderung von Verdächtigungen und zur Abklärung für die Zukunft.“

Der Forderung nach einer Untersuchung können wir uns nur anschließen. Ja, wir halten sie zu einer Entlastung der politischen Atmosphäre für unbedingt notwendig. Viel versprechen kann man sich allerdings von der Untersuchung nicht, nachdem die Reichsregierung bisher noch nicht so viel eigene Initiative aufgebracht hat, um aus den ihr seit mehr als acht Tagen bekannten Tatsachen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Man schreit offenbar vor dem Einfluß der Schwerindustrie zur. Deshalb läßt sich schon jetzt sagen: Ob Untersuchung oder nicht, fest steht, daß die Schwerindustrie ihr eigenes Interesse dem der Gesamtheit veranlassen die Marktordnung unterstellt hat. Um das festzustellen, genügen vollkommen die Mitteilungen, die der Reichsbankpräsident vor dem Reichsbankausausschuß gemacht hat. Wie auch der Ruhrkampf ausgehen mag — wir hoffen, daß er trotz der Schwerindustrie besser ausgeht wird, als sie es verdient —, das deutsche Volk wird diejenigen nicht verzeihen, die durch eine neue Dollarkaufe seine soziale Verleumdung in der höchsten Not Deutschlands noch zu beschleunigen suchten. Dazu gehört Herr Stinnes!

Waterländische Genationen.

In Friedrichsfelde bei Weiel wurden in der Offernacht von deutschen Eisenbahnern acht Züge mit Stahlwaren, die von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt worden waren, in das unbesetzte Gebiet übergeführt. Es handelte sich um ein privates Unternehmen, bei dem ein gewalttätiger Konflikt von vornherein ausgeschlossen wurde. Im Verlauf des Unternehmens trat ungelobter und als unwillkommener Gast ein Haufen bewaffneter Leute in Erscheinung. Gegen diese Waffenträger, deren Eingreifen zu außenpolitischen Konflikten bedenklicher Art führen konnte, haben die preussischen Behörden pflichtgemäß eine Untersuchung angeordnet. Ein Teil der deutsch-nationalen und deutsch-völkischen Presse schloß sich auch dieser Angelegenheit für ihre Seite gegen den Innenminister Seering aus. Sie weist darauf hin, daß die im Interesse Deutschlands hätte es gelegen, das Unternehmen der Eisenbahner nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. An Ort und Stelle ist eine sachliche Klärung sehr bald erfolgt. Es wurde festgestellt, daß das Eingreifen der bewaffneten Kaufleute mit dem Privatunternehmen der Eisenbahner nichts zu tun hatte und seine Durchführung gefährdete. Auf eine Indistretion der rechtsstehenden „Westfälischen Tageszeitung“ veröffentlichten der „Westfälische Courier“, die „Münchener Zeitung“ und der „Volkswille“ eine gemeinsame Erklärung, in der das Vorgehen der „Westfälischen Tageszeitung“ als unaufrichtig bezeichnet und ein weiteres Eingehen auf die Angelegenheit aus-

vaterländischen Gründen abgelehnt wurde. Das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, gab von dieser Stellungnahme Kenntnis. Dieser Sachverhalt mußte also auch Blättern wie dem „Tag“ bekannt sein. Sie ziehen es aber vor, unter Einwirkung der Tatsachen und unter Hintanhaltung jeder vaterländischen Interessen, wochenlang diese Angelegenheit in alle Welt hinauszuwerfen, lediglich um den Innenminister Seering ein auszuweisen. Bekmann Hollweg sprach einmal von den Piraten der öffentlichen Meinung. Ihr Wirken ist um so widerlicher, je nationaler sie sich gebärden.

Volkswirtschaft.

Devisenschwankungen und Warenpreise.

Ist der Gedanke der beweglichen Taktik an sich zu billigen, so darf er keinesfalls zu einer Lockerung der Stützungsaktion führen. Die Regierung erklärt, daß sie diese unter allen Umständen festsetzen wird. Das Hand in Hand mit dieser beweglichen Taktik eine wesentliche Heberwahrung der Warenmärkte als bisher erfolgen muß, zeigt folgende Erwägung: Die Warenpreise sinken mit dem Dollar in die Höhe, ohne bei diesem Rückgang sich entsprechend wieder zu senken. Es ist eine Folge der ungeheuer geschwächten Kaufkraft der gelandeten Bevölkerung, daß Lebensmittelproduzenten und Lebensmittelhändler, von denen wieder besonders der Lebensmittelgroßhandel, eine Monopolstellung gegenüber dem Verbraucher einnehmen. Wendeln nun die Devisenkurse in begrenztem Rahmen hin und her, so liegt die Gefahr nahe, daß Lebensmittelhersteller und -händler das Risiko der schwankenden Gestehungskosten risikolos auf die Verbraucher abwälzen. Dieses Risiko kann unter Umständen sehr hoch sein. Nehmen wir als theoretisches Beispiel an, daß die Reichsbank den Dollarkurs zwischen 17 000 und 22 000 schwanken lassen will, so wird nach der jetzt praktisch fast überall gültigen Regel des Widerbeschaffungspreises der höhere Kurs immer auch dann berücksichtigt werden, wenn der Handel selbst die Möglichkeit hat, sich zu niedrigerem Kurse einzudecken. In diesem Falle wäre das Risiko auf volle 6000 Punkte oder mehr als ein Drittel des niedrigsten Preises zu veranschlagen. Es geht nicht an, daß dadurch, daß man dieses Risiko auf den Verbraucher abwälzt, die Preise höher gehalten werden, als dies nach dem durch den Markt festzustellenden Preis notwendig wäre. Es muß also eine reichhaltige Heberwahrung der Warenmärkte erfolgen, um den Verbraucher davor zu schützen, daß er bei Schwankungen des Dollarkurses eine über das begründete Maß hinausgehende Mißwirtschaft im Warenpreise zu zahlen hat.

Devisen-Kurse.

Berlin, 27. April.
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

| | 26. April. | 25. April. |
|---------------------|--------------------|------------|
| Amsterdam | 1 fl. 1187,70 | 1187,75 |
| Brüssel (Antwerpen) | 1 fls. 1709,58 | 1745,62 |
| Kristiania | 1 Kr. 4977,82 | 7911,68 |
| Kopenhagen | 1 Kr. 5448,37 | 4935,87 |
| Stockholm | 1 Kr. 7790,31 | 7955,00 |
| Helsingfors | 1 Finn. Mk. 801,99 | 825,92 |
| Rom | 1 Lire 1428,91 | 1466,32 |
| London | 1 £ 184 662,50 | 18682,50 |
| Newyork | 1 Dollar 39 127,-- | 29825,25 |
| Paris | 1 Frs. 1960,08 | 2029,91 |
| Zürich | 1 Frs. 7296,72 | 5441,36 |
| Madrid | 1 Pesetas 4428,90 | 4938,57 |
| Wien | 100 Kr. 40,84 | 41,59 |
| Prag | 1 Kr. 862,98 | 889,77 |
| Budapest | 1 Kr. 6,18 | 5,28 |

Wermischte Nachrichten.

Ein Mädchenhändlerprojekt. Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I, Berlin, wurde ein Prozeß wegen Mädchenhandels, gewerkschaftlicher Kuppelerei und Körperverletzung gegen den 37jährigen Holländer Wilhelm Zwaan verhandelt. Zwaan hatte die 17jährige Lehrhülfe Maria Elsholz in Berlin kennen gelernt und sich durch zahlreiche Geschenke Vertrauen und Zuneigung erworben, bis schließlich eine Verlobung zustande kam. Zwaan hatte die Holländerin ausfindig gemacht, zumal der Holländer ausführlich von seinen großen Reichtümern erzählte. Eines schönen Tages überfiel Zwaan nun mit seiner Braut nach dem Haag, wo sofort die Trauung stattfand. Auf die junge Frau warteten die herbsten Enttäuschungen. Von dem angeblichen Vermögen, der Villa usw. ihres Mannes keine Spur. Ein mäßiges Zimmer, das das Ehepaar mit dem künftigen Bruder Zwaans teilen mußte — das war alles. Auch der eigentliche Zweck der Ehe trat nun furchtbar zutage. Zwaan schickte seine Frau unter Erzählungen und Anwendung von Gewalt auf die Straße. Die Bekanntschaften, die sie machte, wurden dann von dem Erlauben Zwaan nach reichlichem Mißbrauch in der Wohnung ihrer Barthschaft beraubt. Der jungen Frau, die unter der brutalen Behandlung ihres Mannes schwer zu leiden hatte, schickte er, auf einer gemeinsamen Reise nach Berlin ihrem Peiniger zu entfliehen. Sie erstattete Anzeige bei der Berliner Zentralpolizeistelle zur Bestrafung des internationalen Mädchenhandels. Zwaan wurde daraufhin von der Kriminalpolizei verhaftet. Frau Zwaan hat in einem scharfen Kreuzverhör zugeben müssen, daß sie in vielen Fällen in Berliner Nachtlokalen gewesen sei und mit Herr Zwaan wegen Verleitung zur Auswanderung 3 Jahre Zuchthaus, wegen Körperverletzung eine Zuchthausstrafe von 2 Monaten Zuchthaus, insgesamt 2 Jahre 2 Monate Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust und Zuchthausstrafe der Polizeiaufsicht. Der Staatsanwalt betonte, daß der Angeklagte Zwaan nach Deutschland gekommen sei unter der Maske des volkreichen Ausländers, um deutsche Mädchen zur Auswanderung zu verleiten. Anschließend habe er das gewerkschaftlich fortsetzen wollen. Er habe seine Ehefrau nicht nur körperlich, sondern auch geistlich mißhandelt. Das Urteil lautet auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus wegen Verleumdung gegen die Staatsanwaltschaft des Landes über die Auswanderung vom 7. Juli 1907 (Mädchenhandel) sowie wegen gefährlicher Körperverletzung.

Gegen den Schlachtwagen. Das Wuchergericht in Hannover verurteilte einen Schlachter aus dem Kreise Nienburg wegen unbefugten Viehhandels und Viebstreibeerei zu Geld- und Haftstrafen in Höhe von 1200 000 Mark. Die Entscheidung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil das Wuchergericht, dem Entschieden mehrere Sachverständiger folgten, in der Begründung des Urteils feststellte, daß bei den gewöhnlichen Verhältnissen eine ordnungsgemäße Marktlage für Rind- und Schlachtwiege nicht besteht. Es bestehe vielmehr eine Notmarktlage. Daher könne auch bei Innehaltung der Viehpreise Viehstreibeerei vorliegen. Die Händler, überhaupt die an dem Abzug des Viehes Beteiligten, dürften nur auf Grundlag der eigenen Geschäftungskosten die Preise festsetzen.

Wienziehung mit Chemikalien. Nach dreiwöchiger Dauer ist in Köln ein großer Prozeß zu Ende geführt worden, in dem 25 Speiditeure, Kaufleute und Zollbeamte wegen Benutzung gefälschter Versicherungspolice und Verschlebung von Hunderten von Maggans Chemikalien ins Ausland zu verantworten hatten. Die Fälle waren zwei Expeditionen, die mit hochgehenden Zollbeamten in Hand arbeiteten. Hier Angeklagte wurden freigesprochen und wozu dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend verurteilt. Die Speiditeure und die Zollbeamten erhielten mehrjährige Gefängnisstrafen. Außerdem wurden Geldstrafen von 5 bis 10 Millionen Mark verhängt.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübbel und Freiheitler Hermann Bauer; für Interieur Heinrich Steinberg, Berlin; für Kriegswirtschaft Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Der Wanderer ohne Weg.

Roman von August Strindberg.

28. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Ich horchte zwißhendurch ungeduldig nach der Tür, und als der Onkel eine Pause machte, nahm ich mir ein Herz und fragte nach Luise.
„Ach das, mein Junge,“ sagte er ernst und freundlich, „davon wollen wir jetzt nicht reden.“ Dann überlegte er: „Der Paul könnte das Zimmer neben dem meinen bekommen — was meinst du?“
„Gewiß,“ sagte die Tante, „es ist ja frei.“
Neben dem Onkel — das war Luises Zimmer gewesen. Wo hieß sie denn nur, war sie nicht mehr im Hause?
Ich stand auf: „Onkel, ich muß wissen, wie es mit der Luise ist.“
Er sah mich verwundert an: „Wir fragen dir nichts nach, das hörst du ja — es war eine Dummeheit — fertig damit. Vergessen!“
Was war das? Eine furchtbare Ahnung dümmerte mir auf. „Onkel Tobias!“ sprach ich, „wenn du glaubst, daß ich dies — einfach vergessen — Luise — wo ist Luise?“
Er staunte mit ins Gesicht: „Ja — weißt du denn nicht,“ und dann zu seiner Frau mit starker Stimme: „Ich hatte dir gesagt.“
„Wußte ich denn, wo er steckte?“ fuhr sie rasch dazwischen.
„Du solltest ihm schreiben,“ vollendete er drohend.
„Was — um Gotteswillen — wo ist sie?“
Er sah die Tante böse an und ballte die Fäuste, dann wandte er sich zu mir: „Luise ist doch verheiratet, schon seit einem halben Jahr.“
Ich spürte einen dumpfen Druck, als würde mein Herz zusammengeknüllt; das Zimmer drehte sich um mich, alles schwankte, da sah ich die Tante vor mir mit ihrem häßlichen Bild — eine Witwe schon in mir hoch, und mit einem Sak umrang ich auf sie los.
Ich hörte ihren gellenden Schrei, dann riß mich der Onkel zurück. Er war rot im Gesicht und packte mich hart am Arm: „Das geht nicht — das geht nicht — und wenn es noch so — das geht nicht.“
Die Tante raffte sich auf und stürzte hinaus. Ich konnte mich nicht bewegen und muß wohl jämmerlich ausgesehen haben, denn der Onkel ließ mich los und sah mich mit leidig an.
„Ich hatte mich gefreut, daß du wieder hier warst — aber so —“ er schüttelte den Kopf, ließ sich schwer in einen Stuhl fallen und legte die geballte Faust auf den Tisch. „So gehst nicht. Aus!“
Ein schmerzender Gedanke kreiste in meinem Hirn. „Und ihr — ihr habt sie gewungen!“ schrie ich ihm an, „sage mir, weil ich nichts hatte und nur ein arbeitsloser Lump bin.“
„War nicht nötig,“ sagte er inatimmig, und dann, nach einer Pause hart und verächtlich: „Weiber!“
„Das ist nicht wahr!“
Er hob die Hand und ließ sie wieder fallen: „Frage sie.“
Da hand ich still, wollte aufbrüllen und konnte keinen Ton hervorbringen, drehte mich langsam um und ging zur Tür.
Plötzlich stand Onkel Tobias hinter mir und sagte meine Worte: „Junge — leb wohl!“

Ich antwortete nicht und ging, die Tür blieb offen hinter mir.
Ohne Gedanken lief ich durch die Straßen, von selbst und ohne Überlegung die Wege einschlagend, die ich früher gegangen war. Als mich einer erkannte und nach flüchtigem Zaubern grüßte, schrak ich zusammen — fort, nur fort, daß ich kein bekanntes Gesicht mehr zu sehen brauchte. Aber als ich draußen war, hielt es mich wieder fest. Da lief ich in weitem Bogen rund um die Stadt, verberg mich im Wald wie ein Raubtier und versuchte zu denken.
Aber in meinem Gehirn wirbelte es toll durcheinander von Verwirrung und Hoffnung, vielleicht war alles gar nicht wahr, vielleicht war alles nur von der Tante ausgefälscht, um mich leidet wieder in die Fremde zu jagen. Vielleicht rang ich Luise legenden die Hände nach mir wund, und ich hatte mich vom ersten Wort abschrecken lassen und war davongerauscht. Und schließlich schälte ich immer fester der eine Gedanke heraus: Sie selbst soll es dir sagen! Sie selbst!
Aber ich wußte ja nicht einmal, wo sie war.
Ich schlich zurück in die Stadt, wartete bis es Feierabend war und ludie dann unseren Mitgesellen auf, der trotz seiner wunderlichen Schrullen und Eigenheiten doch immer ein guter Kamerad gewesen war. Er war unverheiratet geblieben und besorgte in seinem kleinen Haushalt alles selbst. Als er mich erkannte, erstarrte er vor meinem wilden Aussehen und machte ein orinimiges Gesicht: „Also so kommt man heim, du Lotterfleck — der Schnaps verderbt die Welt, hier wie draußen. Siehst sauber aus, mag ich sagen. Was willst du?“
Ich blieb vor ihm stehen: „Sag mir nur das eine, Klaus, ist das wahr — Luise?“
Da merkte er, daß es nicht der Schnaps war, der mich verwirrte und starrte mich brachlos an.
„Klaus, ist das wahr?“ drängte ich.
„Was soll's,“ sagte er und sah über mich weg: „wäre ich schon beim Meißler?“
Ich nickte.
„Na ja, es geht ihr gut, glaub ich.“
Ich packte ihn an den Schultern und schüttelte ihn: „Was ist mit ihr — ich will es wissen!“
Da lachte er kurz auf: „Es ist schon so, sie taugen alle nichts. Und er hatte Geld — mehr als du, mein Junge.“
Ich höhnerte und ließ ihn los. „Wo ist sie?“
Er nannte mir ihre Wohnung, sie war hier in der Stadt.
„Und wer — wer ist — ihr?“
„Moin,“ wollte ich sagen, aber ich brachte das Wort nicht über die Lippen. Er verstand mich auch so. Ein junger Zerkirant war es, natürlich und vernünftig. Es hieß, er habe des Meißlers Geld mit ins Geschäft genommen.
Ich lachte auf — also darum!
Aber jetzt wollte ich sie doch, jetzt gerade! Wo war doch gleich ihre Wohnung?
Klaus erstarrte: „Du kannst doch nicht so — komm herein, ich erzähl dir, dann sehen wir weiter.“
Ich wollte und konnte nichts essen, litt es aber, daß er meinen Anzug läuberte. Auch ein Geldstück hob er mir in die Tasche, ohne daß ich es recht begriff. Dann ging ich fort, zu Luise.
Ein hübsches Haus, in einem schönen Vorort.
Ich zog die Klingel, und ein Mädchen öffnete.
Ich wollte Luise sprechen — die Frau — die junge Frau —

Das Mädchen sah mich verwundert und mißtrauisch an und ließ mich nicht eintreten.
„Ich muß — hören Sie, ich muß sie sprechen! Sie kennt mich.“
Sagte sie mir, Paul sei da — ganz recht, Paul — weiter nicht.“
Sie ging aber sie schloß vor mir ab. Dann kam sie wieder und öffnete schweigend die Tür. Ich trat ein, stand auf einem hellen Flur und dann in einem Zimmer, trat weiß auf schwarzen Teppichen, ich die schokare Einrichtung und entdeckte am Fenster den Nischen, meinen Nischen. Nischen ging eine Tür, und eine junge Frau in einem hellen Kleide stand vor mir.
„Luise!“ ein wilder Ausschrei aus einem blutenden Herzen, aber er kam nicht über die Lippen, er erstickte in einem leidenschaftlichen Stöhnen, und ich hielt die Zähne zusammenzupreißt.
„Paul —“ sagte sie unklar und blieb mitten in ihren Worten stehen. Wie schön sie war, nur ein wenig blaß, aber lieblicher noch als früher mit der zarten Farbe des schmalen Kindergesichts und dem weichen Zug um den Mund, der ihr etwas unsagbar Französisches gab.
Und nun lächelte sie und streckte mir beide Hände entgegen: „Paul — wie lieb, daß du einmal kommst.“
Ich ließ mich ertragen ich nicht, und nun sprengte das Herz doch die zusammengeknüllten Lippen. „Luise!“ schrie ich auf, erschüttert, von Qual und Jammer zerrissen, und umklammerte ihre Hände.
Sie erichraf vor meinem wilden Ausbruch und krammelte: „Nicht doch, Paul, warum denn — so sei doch vernünftig.“
Und dann, als ich sie nicht fahren ließ und doch nichts zu sagen vermochte: „So hör doch auf, du bist mir weh!“
Da gab ich sie frei.
„Eigentlich sollte ich dir böse sein,“ sagte sie unwillig und betrachtete ihre feinen Handgelenke, an denen noch die roten Abdrücke meiner Finger sichtbar waren.
„Wie herrlich du auch bist!“ Ich dich lieber und sah uns ein wenig plaudern. Du bist lange fortgewesen.“
„Ja, zu lange,“ sagte ich bitter.
Sie überhörte es: „Und so weit — du hast sicher viel Schönes erlebt.“
Ich konnte nicht so mit ihr reden, ich ihr nicht in die Augen und fragte verflört: „Luise — sag mir nur, warum? warum hast du?“
„Ach das,“ sagte sie herbe und dann, abwehrend und nachsichtig: „Es war Kinderer, nicht wahr — wir waren doch beide jung. Vergiß das, Paul. Hörst du — du mußt das vergessen.“
„Nie, nie, nie!“ härmte ich auf.
Sie trat einen Schritt zurück und legte die Hand auf die Türschwelle: „Dann darf ich nicht mit dir reden.“
Ich hielt sie hartig fest: „Nein, nein, bleib hier. Ich weiß, ich bin verriert, daß ich das alles erst nahm — ich bin wahnsinnig, daß ich dir glaubte — und du, du sagst Kinderer — und daß ich gar nicht an mich und nahmst den ersten besten — natürlich, ich war nichts, nichts — und jetzt hast du alles.“ Ich sah mich hilflos in dem weiten Zimmer um, da schlug ihre Stimme an mein Ohr, tonlos flüsternd, mühsam herausgequält: „Was weißt du von mir?“
Ich zuckte zusammen und starrte sie an. Ich glaubte den Zittern einer verborgenen Qual gespürt zu haben, glaubte in ihren Augen ein heimliches Leid zu lesen und stürzte zu ihr hin: „Luise, vergiß! Es ist ja nicht wahr — man hat dich gezwungen.“
Fortsetzung folgt.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 27. April.

Wanderschaft.

„Mutter, die Sehnsucht hinter mir liegt!
Sieh', wie die Sonne das Junglaub umschmeigt!
Alle Fernen locken so leicht:
Mutter, ich halte mich länger nicht,
Ich muß wandern, muß wandern!“

„Junge, bleib' bei mir! Ich bin so allein!
Sieh' doch, auch hier wärmt der Sonnenschein!
Sieh' Dich ja gerne, wenn Vater noch war!
Ihn traust der Krieg, daran trag' ich so schwer!
Hab' nun nur Dich — keinen andern!“

„Mutter, ich lehre Sie bald ja zurück,
Schaun mich nicht an so mit Tränen im Blick!
Will mich nur umschauen ob es besteht!
Anders als hier dort drauß' in der Welt!
Wäste bloß wandern, bloß wandern!“

Und die Mutter kämpft nieder ihr Leid,
Hält ihrem Jungen das Mäntel bereit.
Der hängt es über, und schenkt seinen Hut;
Mutter, ich wohl, bleib gesund mir und gut!
Und geht wandern — geht wandern.

Zwischen Ostern und Pfingsten.

Die fünfzig Tage, die zwischen Ostern und Pfingsten liegen, haben gewiß keine besondere Signatur und keinen besonderen Inhalt. Und doch haben sie ein besonders reizvolles, denn diese Zeit zwischen Ostern und Pfingsten hat etwas Unruhvolles in der Natur und im Menschen. In der Natur ein großes, gewaltiges Ringen aus dem Dunkel des Winters nach neuer Sonne, neuem Segen, nach Licht und Klarheit auf allen Wegen. Nichts kann reizvoller sein, als das Beobachten gewissermaßen des Augenauflagens der Natur nach langem, bannendem Winterschlaf, des ersten kräftigen Atemholens nach langer Winterstarre. Freilich, so viele Leute der Stadt, die Armen und Vermissten, die in Hinterhäusern wohnen, die nur Häuser und Mauern und Dächer und qualmende Schornsteine erblicken, wissen nichts, oder ahnen nur ein wenig von der zarten Schönheit der ersten grünen Blätter, von der zierlichen Form der ersten Knospe. Dieses Unruhvolle der Natur, diese große Revolution aus der Finsternis zum Licht, aus der Freudlosigkeit zur Sonnenfreude und dem Festesglanz, wuppert prunkender Sonnenuntergang teilt sich auch dem Menschen mit. Freilich, wenn jene glücklichen Sterblichen, die von Krankheit und Dürftigkeit und ewigem Mangel nichts wissen, die Unruhe des Frühlings ins Blut schlägt, greifen sie zum Kursbuch und fahren mit dem nächsten Zug nach den Städten, an denen der Frühling alle seine Reize am wundervollsten entfaltet. Diese fünfzig Tage beweisen, daß auch der Frühling einen scharfen Trennungsschnitt zieht zwischen arm und reich. Der Arme freut sich, wenn der Frühling im Land steht, daß er weniger Kohle und weniger Licht braucht, und der Reiche nimmt die Unruhe, die ihm der Frühling ins Blut gelegt, sehr lieb auf die Eisenbahn und fährt aus dem grauen, grämlichen Steinbaukasten der Großstadt der Sonne entgegen. Und so muß man zu dem Schluß kommen, daß die fünfzig Tage zwischen Ostern und Pfingsten doch nichts Besonderes haben, denn so ist es zu allen Zeiten des Jahres, daß der Reiche alles hat, was er will und wünscht, und daß der Arme immer darbt und an das Notwendigste zum Lebensunterhalt denken darf.

Bürgerchaftsvorlagen.

Instandsetzung der Umgebung des Behnturms...

Eine Kommission des St. Gertrudvereins hat gebeten, den auf einer Anhöhe der Untertraße vor Schlutup erbauten Behnturm auf einem anderen geeigneten Platz ausstellen oder doch wenigstens seine Umgebung wieder instandsetzen zu lassen. Die Eingabe ist von den beteiligten Stellen geprüft worden. Von einer Verlegung des Behnturmes muß der hohen Kosten wegen abgesehen werden, dagegen empfiehlt es sich, der Umgebung des Turmes wieder ein ansprechendes Aussehen zu geben. Es ist deshalb notwendig, die wenigen dort noch stehenden Kiefern durch Anpflanzungen zu ergänzen, die Bösung zwischen dem Turm und dem Industriegebiet einzuebnen sowie in die Bösung einen schmalen Fußweg einzubauen. Ferner muß zum Schutz der Bösung an ihrem oberen Rande ein Dornenverhau angelegt werden, der durch geeignetes Strauchwerk zu verdecken ist. Endlich ist es zweckmäßig, die ganze Bösung mit Wildrosen und Dornensträuchern sowie nach Jahren mit Krummhölzkiefern zu bepflanzen. Die erforderlichen Arbeiten sollen mit Hilfe von Erwerbslosen durch die produktive Erwerbslosenfürsorge ausgeführt werden. Die Kosten belaufen sich nach dem beizugebenden Kostenschätz des Oberbauamtes Studenum vom 9. März 1923 auf 615 000 Mk., davon trägt der St. Gertrudverein 50 000 Mk., sodas als Staatsmittel 565 000 Mk. zur Verfügung zu stellen sind. Die Baubehörde hat beantragt, ihr diesen Betrag zu bewilligen. Der Senat, der die Instandsetzung der Umgebung des Behnturmes für erforderlich hält, ist bereit, dem Antrage zu entsprechen und stellt einen diesbezüglichen Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Nachtrag zum Ruhelohngesetz.

Gemäß § 2 Ziffer 4 des Ruhelohngesetzes für die lübeckischen Staats- und Gemeinbediensteten vom 23. November 1921 muß ein Staats- oder Gemeinbediensteter, um Anspruch auf Gewährung von Ruhelohn zu haben, nach Vollendung des 25. ... vollendetem 65. Lebensjahre mindestens 10 Jahre ... in lübeckischen Staats- oder Gemeinbedienst ... gewesen sein. Allen Arbeitern, die nach dem 55. Lebensjahre in den Staats- oder Gemeinbedienst eingetreten sind, kann somit ein Ruhelohn nicht gewährt werden, da sie die zehnjährige Wartzeit nicht vor dem vollendeten 65. Lebensjahre zurückgelegt haben. Aus dieser Bestimmung ergeben sich in der gegenwärtigen Zeit der durch die Verhältnisse bedingten Einsparungsmassnahmen Mäkten, deren Ausgleich geboten erscheint. Infolge der erwähnten Einschränkungen mußte bisher schon eine größere Anzahl von Arbeitern aus dem Staats- und Gemeinbedienst entlassen werden und eine weitere Anzahl wird noch getündigt werden müssen. Aus Billigkeitsgründen ist bis jetzt davon abgesehen worden, ältere Arbeiter, denen auf Grund der Bestimmung unter Ziffer 4 des § 2 des Ruhelohngesetzes ein Anspruch auf Ruhelohn nicht zustand, die aber andererseits in Rücksicht auf ihre volle Arbeitsfähigkeit keine Altersunterstützung aus Staatsmitteln erhalten konnten, aus dem Staats- oder Gemeinbedienst zu entlassen. Dafür mußten jünger Arbeitskräfte, die dem Staate naturgemäß wertvollere Dienste leisten als ältere, getündigt werden. Es

empfiehlt sich daher, den bestehenden Zustand in der Weise abzuändern, daß den älteren Arbeitern ein Ruhelohn gewährt werden kann, auch wenn sie ... nach dem 55. Lebensjahre in den Staats- oder Gemeinbedienst eingetreten sind. Dabei wird allerdings der späte Eintritt in den Staats- oder Gemeinbedienst auf die Höhe des Ruhelohnes nicht ohne Einfluß bleiben können, da es nicht berechtigt erscheint, den erst in spätem Lebensalter eingetretenen Arbeitern die vollen Versorgungsgebühnisse zu gewähren. Nehmlich dem Vorgehen in Hamburg soll daher den nach dem 55. Lebensjahre in den Staats- oder Gemeinbedienst eingetretenen Arbeitern für jedes volle Jahr der zwischen dem vollendeten 55. Lebensjahre und der Aufnahme in den lübeckischen Staats- oder Gemeinbedienst liegenden Zeit 1/60 des Ruhelohns jähigen Arbeitsverdienstes von dem Ruhelohn gekürzt werden. Es wird genügen, die vorgeschlagene Regelung nur auf diejenigen Arbeiter anzuwenden, die sich beim Inkrafttreten des Ruhelohngesetzes, dem 1. Januar 1922, im Staats- oder Gemeinbedienst befanden. In Zukunft wird darauf Bedacht genommen werden müssen, ältere Arbeiter in der Regel nicht mehr in den Staats- oder Gemeinbedienst aufzunehmen. Geht es dies aber ausnahmsweise trotzdem, so werden diese Arbeiter von vornherein damit rechnen und sich demnach auch damit abfinden müssen, daß ihnen bei ihrem Ausscheiden ein Ruhelohn nicht gewährt werden kann. Die aus der in Aussicht genommenen Maßnahme erwachsenden Mehrkosten werden nicht groß sein, auch ist dabei in Rechnung zu ziehen, daß auf der anderen Seite dem Staate jüngere, vollarbeitsfähige Kräfte erhalten bleiben. — Der Senat stellt einen entsprechenden Abänderungsantrag an die Bürgerchaft.

Erhöhung des Milchpreises.

Die Hamburger Butternotierungskommission gibt bekannt, daß sie gezwungen sei, den Butterpreis um 500 Mark höherzusetzen, da an allen übrigen Märkten bereits die Preise höher stehen als in Hamburg und deshalb eine Abwanderung von Hamburg zu befürchten gewesen wäre. Auch der wilde Handel arbeitet zurzeit mit sehr erheblichen Ueberschüssen, die auch die Milchverarbeitung Hamburgs aus schwerer gefährden. (Die alte faule Ausrede, die an allen Orten und seit Jahr und Tag immer wieder aufgeführt wird, Red.) Die Notierungskommission konnte sich der neuerlichen Markterhöhung nicht mehr verschließen, zumal die Preise für Margarine, Schmalz und andere Fette auch wesentlich erhöht sind. Die Butternotierungskommission des Vereins der Fettwaren- und Delikatessenhändler hat den Votenpreis unverändert gelassen, um die Wünsche im Hinblick auf der Butter zu befriedigen. Hierdurch entgeht, wie die Kommission bemerkt, dem Kleinhandel in dieser Woche fast jealischer Verdienst. Der Ladenpreis für beste Metereibutter beträgt 9000 Mk. Der Milchpreis hat auf Grund von Verhandlungen für Großhamburg mit Wirkung vom Sonnabend, 28. April an, um 48 Mark je Liter erhöht werden müssen. Die Erhöhung ist darauf zurückzuführen, daß der Buttermilchpreis, nach dem sich der Einstandspreis für Vollmilch richtet, um 500 Mark je Pfund erhöht ist. Ein Liter Vollmilch kostet in Hamburg 960 Mark. — In Lübeck wurde er auf 840 Mark erhöht. Den Vers zu diesen Preissteigerungen — wir geben dem Frühling entgegen — kann sich jeder selbst machen. Die Milchwirtschaftsinteressenten geben sich mit dem Dichten nicht ab, sie haben realere Grundzüge, meistens sogar hanebüchene.

Unsere Maiseier.

Vor vier Jahren hielten eingesehene Optimisten den eigentlichen Zweck der Demonstration am 1. Mai durch Arbeitsruhe erfüllt, und meinten, die Maiseier sei überflüssig geworden. Sie würde ihrem Sinne nach aber auch dann noch längst nicht überflüssig sein, wenn der Achtstundentag inswischen aus dem Vorstadium der Verhandlung herausgekommen und dauernden Rechtsort geworden wäre. Denn der Verlust der Dinge zeigt uns, daß selbst dann, wenn man die Maiseierfrage auf eine Frage der reinen Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit beschränken wollte, die Demonstration am 1. Mai für den Achtstundentag in diesem Jahre notwendiger ist denn je zuvor. Vordem war es ein Ziel, für das wir uns einsetzten. Jetzt aber will man uns den nach Jahrzehnten mühseliger Vorarbeit und unter den ungeheuren Opfern der Kriegs- und Nachkriegszeit errungenen Achtstundentag wieder freiwillig machen. Dagegen müssen wir uns mit aller Macht und Kraft zur Wehr setzen! Wollen wir die Kulturstapen des Achtstundentages behaupten oder aber uns auf lange Zeit hinaus wieder zurückwerfen lassen? Das ist die Frage, um die es sich dreht.

Die zeitlich, und zwar einseitigen bis Ende Oktober dieses Jahres befristete Geltungsdauer der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angehörigen während der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. März 1919 sollen durch Arbeitszeitgesetze abgelöst werden.

Der Sturmlauf des Unternehmertums und seines ganzen Anhangs von Interessenten und mehr oder minder berufenen Sachverständigen gegen den Achtstundentag kam bei der Vorbereitung der Entwürfe zu diesen Gesetzen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat nur allzu deutlich zum Ausdruck und vorläufigen Geltung. Die Gewerkschaften beantworteten den Einwänden gegen den schematischen Achtstundentag mit der Vereinerklärung, dauernd unerlässliche Abweichungen in den Tarifverträgen zu regeln, in denen auch die Art der Regelung gelegentlich notwendiger Ausnahmen festgelegt werden kann. Allein die Unternehmer wollten das ihnen besonders in dieser Frage höchst unangenehme Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerchaft für die Ausnahmen vom Achtstundentag nicht anerkennen. Sie möchten am liebsten den Achtstundentag nur als Ausnahme gelten lassen. Ihre Einwände gegen den schematischen Achtstundentag richteten sich gegen den Achtstundentag überhaupt. Die Umwälze der Unternehmer sprechen dies heute ganz unüberblümt aus. Man fühlt sich wieder stark geneigt, um uns die Lohn- und Arbeitsbedingungen wie ehedem einseitig zu diktieren und will uns in erster Linie ein für allemal durch Gesetz zwingen, länger als acht Stunden zu arbeiten.

Ein Unternehmerblatt sucht schon jetzt einen Widerspruch zu konstruieren zwischen der Bestimmung des Ausschusses und unseren Kundgebungen am 1. Mai für die Vereinigung der Proletarier aller Länder und für die Forderung der Arbeiter. Indem es uns unterstellt, wir feierten diese Ziele als tatsächliche Erfolge. Dabei drängt uns gerade auch die Besetzung des Ausschusses dazu, indem sie uns mit aller brutalen Deutlichkeit zeigt, wie sehr weit wir von der Verwirklichung der sozialistischen Ideen und Forderungen noch entfernt sind, am kommenden 1. Mai besonders eindringlich für diese Ideen und Forderungen zu demonstrieren.

Die Maiseier der organisierten Arbeitnehmerchaft darf gegenwärtig zumal keine Formlose sein. Sie muß uns wieder daran erinnern, wieviele Arbeiter und Arbeiterinnen unseren Organisationen noch fern stehen, wieviele noch immer die bürgerliche Presse halten, wie notwendig es immer noch ist, alles daranzusetzen, um zur Verwirklichung des Achtstundentages als der Grundlage zur Verwirklichung unserer Kulturziele alle Kräfte der Arbeitnehmer mobil zu machen.

Zum Kapitel der „teuren Drucksachenpreise“.

Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer schreibt unter dieser Ueberschrift folgende Worte, die allen Mitgliedern von Arbeitervereinen und deren Leitungen zur Beherrigung empfohlen werden können. „Wir weisen erst kürzlich darauf hin, daß in wertvollen Kreisen, sogar in solchen, die weit besser bezahlt sind als die Buchdrucker, genügend Unwissende zu finden sind, die die „teuren Drucksachenpreise“ und die Verteuerung der Zeitungen nicht zu fassen vermögen. Infolgedessen ergießt sich in Gewerkschafts- und sonstigen Versammlungen bei der Jahresrechnung nicht selten ihr ganzer Zorn gerade über die Kosten „Drucksachen und Anzeigen“, womöglich noch unter Seitenhieben auf die Buchdruckergehilfen, die doch wahrlich nicht schuld daran sind, daß in gleichen Ausmaß wie die Preise aller anderen Sachen auch die Preise für Drucksachen gestiegen sind. Die Hauptursachen an der Drucksachenverteuerung sind nicht die Buchdrucker, sondern die Dividendenwähler der Papierindustrie, die sich um Stinnes und Renckens gruppieren! Grundsätzlich fehlt es nicht an Partei- und Gewerkschaftszeitungen, die gegen die Anwaltschaft bei Herstellung von Vereinsdrucksachen und gegenüber der Arbeiterpresse energig Front machen. So redete z. B. die „Presidenten-Versammlung“ erst kürzlich von vielen Arbeiter-Sportvereinen, die Drucksachen in solchen Geschäften herstellen lassen, die ein paar Mark billiger waren als die Arbeiterdruckerei, wie folgt ins Gemissen: „Treu um Treu! Genossen in den Arbeiter-Sportvereinen, ihr verlangt von eurer Presse taatgütlich viel: eure Bekannmachungen sollen regelmäßig und pünktlich erscheinen, Berichte und fördernde Artikel über alle Sportzweige verlangt ihr. Da müßt ihr aber auch dafür sorgen, daß unsere Zeitung existenzfähig bleibt.“ Die verteuerten Preise für Zeitungen und Drucksachen müssen wohl oder übel in Kauf genommen werden, wie alle anderen Preissteigerungen (ist für oft minderwertige und leichter entbehrliche Artikel) auch. Die Zeitung ist eine Lebensnotwendigkeit für jeden Kulturmenschen; geistige Nahrung und geistige Aufrechterhaltung sind ebenso notwendig wie das läbliche Brot. Die finanzielle Hintanhaltung des Verbrauches an Drucksachen, einschließlich der Zeitungen und Bücher, ist also kulturwidrig und führt abendend noch zu einer Vermehrung der an sich schon großen Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe. Dieser Erkenntnis sollten sich am wenigsten die Gewerkschaften verschließen. Deshalb begrüßen wir und alle anderen Arbeitervereinigungen gerade einen Hinweis in der neuesten Nummer der „Dahledeckerzeitung“ mit besonderer Freude, in dem zum Ausdruck kommt, daß auch gegenüber dem Beruf der Buchdrucker gewisse Verpflichtungen bestehen. Dieser Beruf sei jetzt sehr in die Klemme geraten, so daß es unverantwortlich wäre, wenn die Gewerkschaften ihrerseits auch noch diesem schwer bedrängten Gewerbe einen Fußtritt verfechten.“

Vom Auswandern.

Mit der Verschlechterung der Erwerbsmöglichkeiten in Deutschland hat die Auswanderungslust stark zugenommen. Im Jahre 1921 sind etwa 50 000 und im Jahre 1922 bereits 72 000 Deutsche ausgewandert. Die Ziffer des vorigen Jahres wird, wie das Reichswanderungsamt dem Berl. Tagbl. mitteilt, in dem laufenden Jahre wahrscheinlich stark übertraffen werden. Gerade in den letzten Monaten, die eine weitläufige Verschlechterung des Arbeitsmarktes zur Folge hatten, hat nach den Erfahrungen des Reichswanderungsamtes die Auswanderungslust um das Doppelte und Dreifache zugenommen. Hierzu hat namentlich auch der Umchwung auf dem Arbeitsmarkt der Vereinigten Staaten beigetragen, wo die rigorosen Einwanderungsbestimmungen wahrscheinlich sehr bald gemildert werden.

Zu dem Entschluß, sein Vaterland zu verlassen und in einem unbekanntem Lande eine Existenz zu schaffen, gehört Vagheit und Elastizität, Eigenschaften, die besonders jungen und unverheirateten Personen eigen sind. So stand denn auch mehr als die Hälfte der im Jahre 1922 ausgewanderten Personen in jungem Alter, und zwei Drittel waren ledig. Manche Grenzen, die noch vor zwei Jahren verschlossen waren, haben sich inswischen geöffnet. Ost- und Amerika sind bei bestimmten formalen und wirtschaftlichen Voraussetzungen deutschen Auswanderern zugänglich geworden. Aus Kanada kommt die Nachricht, daß dort das besondere Einwanderungsverbot aufgehoben ist und nur die allgemeinen Bestimmungen in Kraft geblieben sind. Bezeichnend sind den Deutschen vorläufig die Staaten des Baltikums und die Türkei.

Mit das schwerste Hindernis für die Auswanderung sind die Kosten für die Überfahrt und die zur eigentlichen Einwanderung erforderliche Barkasse. Eine Zwischenbestattung nach Neuyork kostet 102 Dollar, eine Zwischenbestattung nach Buenos Aires 12 Pfund Sterling. Diese Zahlen können alle Auswanderungslustigen mit Leichtfertigkeit feststellen, verhängnisvoller Tatsachen geben sie sich erst hinreichend der Summen hin, die für den ersten, unproduktiven Aufenthalt, für Anlauf und Nachzahlung von Land erforderlich sind. Nur wenn im Anfangsland Arbeitsmangel herrscht, kann es gelingen, sofort Beschäftigung zu finden, sonst vergehen zumindest die ersten acht Tage fruitlos, für die im Einwandererhaus kostenlos Aufenthalt bewilligt wird.

Der Grad der Nachfrage nach Deutschen auf dem Weltarbeitsmarkt drückt sich in folgender Reihenfolge aus: Handwerker, Stetler, Lohnarbeiter, Kaufleute, Akademiker. Hochqualifizierte Handwerker finden gewöhnlich im eigenen Lande so gute Beschäftigung, daß sie es unter allen Umständen am wenigsten nötig haben, auszuwandern. Aus diesem Grunde werden sie von anderen Ländern doppelt stark begehrte. Schärfer haben es schon die Stetler. Der Weiten der Vereinigten Staaten, Mexiko, Südbrasilien, Paragan, Argentinien und die portugiesischen Kolonien stehen ihnen zwar heute offen. Wer möchte aber eine Auswanderung dorthin empfehlen, die nicht genug Geld haben, Urlaub zu kaufen oder zu pachten! Weißenswerte kostet ein Kolonieland in Brasilien, das auf 25 Hektar Boden, wenigstens 2000 Mikrois oder etwa 5 Millionen Mark. Wenn man bedenkt, wieviel ein Maß schwerer und langdauernder Arbeit dazu gehört, um Kolonieland in einen ertragreichen Wirtschaftsbetrieb umzuwandeln, und wenn man andererseits die Kaufkraft von 2000 Mikrois in Deutschland überschlägt, so wird man verstehen, daß der Preis, Stetler in Brasilien zu werden, nicht allzu groß ist.

In einer ungünstigeren Lage sind die auswanderungslustigen Lohnarbeiter. Denn die Arbeitsverhältnisse ändern sich für sie in den einzelnen Ländern oft sehr rasch. Heute verlangen die Vereinigten Staaten oder Rumänien nach ihnen, in zwei Monaten können andere Länder den härtesten Bedarf haben. In der Zeit, die zwischen dem Entschluß zur Auswanderung und der Ankunft in dem betreffenden Land liegt, können sich die Arbeitsverhältnisse wesentlich zu ihren Ungunsten verschärfen haben. Sind sie bereits bei einer ausländischen Firma beschäftigt, werden sie bei Verschlechterung der Konjunktur zuerst entlassen, und die Entlassung aus der Arbeitsstelle bedeutet für sie in einem fremden Lande etwas ganz anderes als in Deutschland. Die Ausschichten für Kaufleute sind gekennzeichnet durch die Zusammenstürzung des deutschen Außenhandels. So lange die Handelsbeziehungen mit dem Ausland nicht lebhafter sich gestalten, haben deutsche Kaufleute nur verhältnismäßig selten Gelegenheit, eine annehmbare Stellung im Auslande zu finden; private Vermittlung ist gewöhnlich das einzige Mittel. Große deutsche Häuser

Bremen. Mietfestsetzung. Zwischen Vertretern des Senats, der Hausbesitzer und Mieter ist ab 1. Juni die 160fache Friedensmiete vereinbart worden. Ab 1. Juni werden die Prozenzfälle, die auf die Grundmiete aufzuschlagen sind, wie folgt erhöht: für den Zinsendienst 200 Prozent (wie bisher), für Verwaltung- und Versicherungsgeldern 3700 Prozent (jezt 2700 Prozent), für laufende Instandhaltungskosten 18 000 Prozent (jezt 10 000 Prozent). Die Zuschläge zur Grundmiete betragen also ab 1. Juni insgesamt 19 900 Prozent (jezt 12 400 Prozent). Gegenwärtig gilt noch die 100fache Friedensmiete. Für eine Wohnung, die im Frieden jährlich 300 M. gekostet hat, würden nach den neuen Zuschlägen mithin ab 1. Juni 48 000 M. zu zahlen sein (jezt 30 000 M.).

Allerlei Wissenstertes.

Die Bergungstrasse von Pompeji. Der Stadtteil, der durch die Ausgrabungen der jüngsten Zeit in Pompeji freigelegt wurde, ist kein anderes als das Viertel, das Horaz und die lustige Gesellschaft seines Gönners Märcus gründlich gekannt und mit Vorliebe zum Schauplatz ihrer Vergnügungen gemacht haben. Die jüngsten Ausgrabungen folgen in gerader Richtung der „Strasse des Ueberflusses“ und bieten ganz neue und überraschende Einblicke in das Alltagsleben aus Pompejis Kaiserzeit. Man sieht Paläste mit Loggien, Ercien und Terrassen, mit Säulen, die an manche Bilder Dionardos erinnern, mit reich ausgestatteten Läden. Eines dieser Barockhäuser diente hauptsächlich dem Handel mit Graderose. Statt der Schaufenster von heute ist

die Fassade ganz mit Freskobildern bedeckt, die sich auf die feilgekauften Waren beziehen. Man sieht hier einen Merkur mit laufenden goldenen Beinbekleidern und eine pompejanische Venus in einem Schiff, das von Gesanten gezogen wird. Man sieht ferner die Bilder der jungen Leute des Geschäfts, die im Schweiße ihres Angesichts arbeiten. Ihre Gesichter leuchten rot wie die von Indianern. Man sieht endlich den ehrenwerten Inhaber in eigener Person, wie er einen Kunden einen köhnen Teppich vorzeigt und daneben die hübsche blonde Frau des Chefs, die hinter dem Ladentisch steht, Pantoffeln und Handschuhe verkauft, und in deren vorwurfsvollen Augen man die Antwort zu lesen verneint: „Ja, mein Herr, billiger kann ich Sie Euch nicht ablassen.“ Sie hat sich über die unbillige Zumutung des Kunden wahrscheinlich durch einen Schluck aus der Flasche getränkt, die neben ihr auf dem Ladentisch steht. Die ganze Strasse ist übrigens voll von Kneipen und Schankwirtschaften. In der Strasse stehen Bänke, deren Marmor noch die Löcher zeigt, in die die Amphoren gestellt wurden. Nur in wenigen dieser Gaststätten sieht man eine Sitzgelegenheit. Bemerkenswert ist auch eine reichhaltige Flaschenbatterie, die eine große Zahl von Gefäßen und Flaschen aller Art enthält, die die Gestalt von Wölfen und Fischen zeigen.

Neue Bücher.

„Kapitalismus und Sozialismus“ nach neomarxistischer Orientierung. Von Eugen Dieckmann. 1923. 1. H. 2. B. Dieckmann, G. m. b. H., Berlin. 333. 68. (Grundzahl 0.20). Eugen Dieckmann tritt in dem Schriftchen: „Kapitalismus und Sozialismus“ für eine gründliche Revision des „Ullmarxismus“ ein und wendet sich namentlich scharf gegen die im Marx'schen „Kapital“ ausgesprochene Verelendung- und Katastrophentheorie. Er legt die wirtschaftlichen Funktionen des kapitalistischen Unternehmers dar und tritt schließlich für einen Gemeinshaftskapitalismus ein, den er für die erste und bereits machtvoll anbrechende Phase des Sozialismus betrachtet. In dem Dieckmann'schen Schriftchen regt sich ein „Neomarxismus“, der da und dort lebhaft Zustimmung, aber auch heftigen Widerspruch finden wird.

Sport.

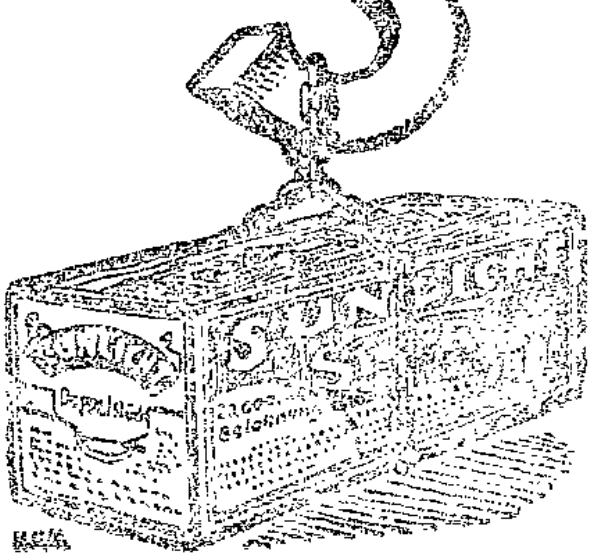
Vereinigtes Trommler- und Pfeiferkorps, 3. Kreis, 6. Bez. Altmärkisch Sonntag, den 29. April 1923, nachm. 5 1/2 Uhr vom Lindenplatz. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. (1018)

L. F. C. 22. I — Vorwärts I treffen sich heute 6 1/2 Uhr auf dem Kaiserhof. Es wird ein spannender Kampf vorgeführt werden, da beide Vereine über eine erstklassige Elf verfügen. Es darf daher keiner veräppeln, dem Spiel beizuwohnen. (1019) T.W.

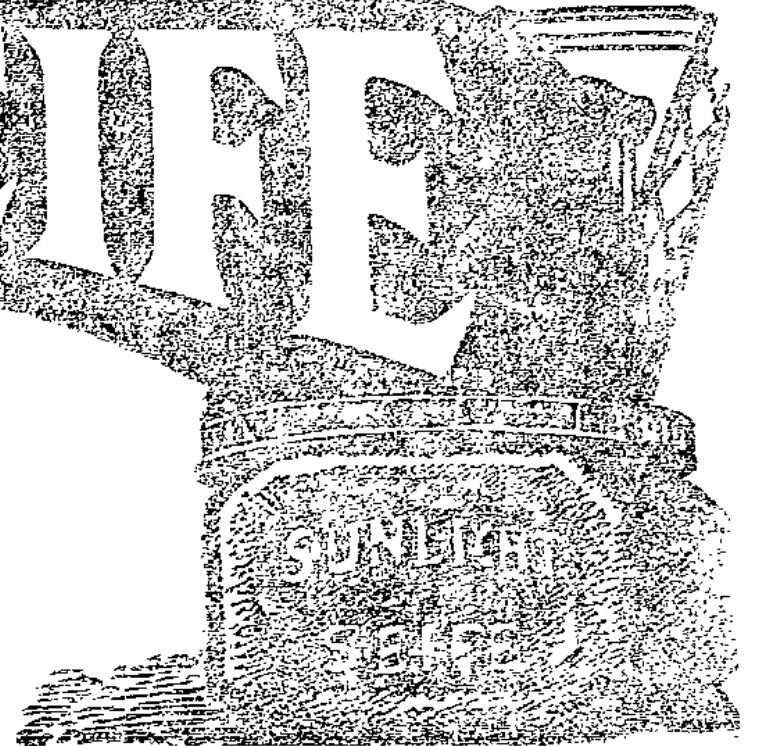
Süßen mit Auswurf

müssen Sie schnellstens beschaffen. Wir raten Ihnen, aus 30 Gramm echtem Fagoor-Extrakt durch Aufkochen mit 1/4 Pfd. Zucker und 1/4 l Wasser eine präparierte, prompt wirkende Süßemilch selbst herzustellen. Echter Fagoor-Extrakt ist sicher erhältlich: Adler-Apothek, Menstr. 10. (1016)

SUNLICHT SEIFE



Für jeden Werkstätten ist Sunlicht Seife unentbehrlich, sie reinigt jede Wäsche spielend leicht und ist zur Pflege der Haut vorzüglich geeignet.



Amlicher Teil

Höchster Preis für Volkswille
am 28. April 1923 840 — M. je Liter.
Lübeck, den 27. April 1923. (1014)
Der Landesrat, Lübeck.

Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.
Lübeck, den 27. April 1923.

und der Hamburger Filiale der Deutschen Bank in Berlin bei der Berliner Handels-Gesellschaft, der Deutschen Bank und dem Bankhaus Mendelssohn & Co. in Frankfurt (Main) bei der Frankfurter Filiale der Deutschen Bank.

Liquidation der 3-prozentigen Vorkreditanleihe von 1902.

Mit Zustimmung der im § 4 der Genehmigungsurkunde, beir. die Ausgabe der obigen Vorkreditanleihe, genannten Behörden liquidieren wir die noch im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen dieser Anleihe auf den 31. Dezember 1923. Der Nennwert der geschuldeten Schuldverschreibungen kann vom 1. Mai d. Jz. ab bis zum 31. Dezember gegen Einreichung der Schuldverschreibungen nebst Erneuerungsscheinen u. Zinsscheinen Nr. 5-20 bei den unten genannten Stellen in den üblichen Geschäftsstunden in Empfang genommen werden: (1011) in Lübeck bei unserer Gesellschaftskasse; in Hamburg bei der Norddeutschen Bank

Die Zinsscheine Nr. 3 und 4 der Anleihe III werden schon vom 1. Mai d. Jz. ab bei den vorstehenden Stellen und Stellen eingelöst. Lübeck, 28. April 1923. Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.

Die Stadtkasse ist von Lübeckstraße 30 nach dem Rathaus verlegt. Bad Schwartau, den 27. April 1923. (1022) Der Stadtmagistrat.

Prüfamtlicher Teil

Verband der Fabrikarbeiter-Deutschlands. Distrikt Schlutup.
Am 28. April 1923 starb unser Kollege **Hermann Zarnow.** Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt am Sonntag, dem 29. April, 11 1/2 Uhr vorm. von der Kapelle. Sammelort der Kollegen bei **A. Saborowski** am 11 Uhr. (1031) Die Distriktsleitung.

Zentralverband der Zimmerer. Bezirk Lübeck.
Am 25. April starb unser wertes Mitglied **Johannes Kleins.** Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, dem 30. April, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Burgtor-Friedhofes statt. Der Vorstand.

Nach langem, schwerem Leben starb am Donnerstag mittags 14 Uhr mein lieber Vater und Bruder, **Paul Peters** im blühenden Alter von 22 Jahren. In tiefer Trauer die Hinterbliebenen. **Paul Peters** im blühenden Alter von 22 Jahren. In tiefer Trauer die Hinterbliebenen. **Paul Peters** im blühenden Alter von 22 Jahren. In tiefer Trauer die Hinterbliebenen.

Büchelle, Schellhammer, Gewehnhaut sowie sämtl. Sorten **Felle Haare** kaufen zu höchsten Tagespreisen **Gehr. Wagner,** Tel. 3414. (1007) Dankwartigrube 26 Holstenstr. 8.

Referentenführer. von **Eduard David.** Buchführung **Sünder Volksbote** Johannisstr. 46.

Billige Preise finden Sie für (728) **Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen** bei **Boldt,** Fischergrube 27. (1015)

Rechtlichsterlei **Marlesgrube 27.** In fettes Roh- und Pöhlchenfleisch, Gartrücherte Knackwerk und Geflügel.

Martholle, Käselagerhaus.

1 Schreibmaschinen, 1 Koffer, 2 Sattelkoffer, 3 v. 1005) **Udendorferstr. 18. p.**

Borgwardts Margarine Marie Rebutter, im Gebrauch von **Melereibutter** nicht zu unterscheiden. **Altenverkauft (1012) Kronsforder Allee 21.**

Zeitsagen, die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Sünder Volksboten“** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle angeliefert sein; größere Anzeigen erbiten wir tags vorher. **Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.** Johannisstr. 46.

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **Otto Albers** Markt 4 Kohlm. 10

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **Otto Albers** Markt 4 Kohlm. 10

Die Kunst der Selbstverteidigung bei täglichen Unfällen nach dem japanischen **Dschiu-Dschitsu.** Mit 40 Abbildungen. **Buchhandlung Lüb. Volksbote.**

Steppdecken Anfertigung u. Neubeziehen. **Spethmann** Breite Str. 31. Fernsp. 8659 (810)

Steppdecken Anfertigung u. Neubeziehen. **Spethmann** Breite Str. 31. Fernsp. 8659 (810)

Zündhölzer Paket 800⁰⁰

| | | |
|-------------------------------------|-----------------------|---|
| Raffee gedr. 10 800 M. | la. Weizenmehl 940 M. | Perill 850 M. |
| Saffee 3 600 M. | Weizenries 980 M. | Dixin 550 M. |
| Milchpulver, ungemahlen 10 1 400 M. | Kartoffelmehl 850 M. | Bleich-Soda 290 M. |
| 20 200 M. | Maisternpulv. 750 M. | Kristall-Soda 240 M. |
| 30 300 M. | Maizena 980 M. | Hoffm.-Stärke 750 M. |
| 40 400 M. | Vanillin 490 M. | Kerzen 8 St. i. P. 1400 M. |
| 50 500 M. | Veri-Sago 1000 M. | Bohnenmasse in Fe-Dojen 1a. Ware, Dose 1800 M. (1024) |
| 60 600 M. | Gerst-Grüge 750 M. | Rondensierte Milch gesüßert, Dose 2500 M. |
| 70 700 M. | Gerst-Grüge 750 M. | Säfergrüge 850 M. |
| 80 800 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | Erbsenmehl 350 M. |
| 90 900 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | Zwieback 50 M. |
| 100 1000 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |
| 110 1100 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |
| 120 1200 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |
| 130 1300 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |
| 140 1400 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |
| 150 1500 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |
| 160 1600 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |
| 170 1700 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |
| 180 1800 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |
| 190 1900 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |
| 200 2000 M. | Erbsen, gelbe 950 M. | |

Selbste Vorrat! Gebr. Wull, Nixstr. 121 Telefon 1543

Spare, spare, darum kaufe gute Ware!

Vorteilhafte Mai-Angebote:

| | |
|--|--------------|
| Herrn-Anzüge 15000, 16000, 17000 | 89500 |
| Gummi-Mäntel | 89000 |
| Herrn-Sueckskin-Hosen 34500, 29500 | 22500 |
| Blaue Arbeiter-Jacken 12000, 9000 | 6000 |
| Manchester-Hosen in Breeches u. lang la. Qual. | |
| Sommer-Joppen 89000, 25000, 15000 | 15000 |
| Hemdentuche 1a. Qualitäten, Mr. 8950 | 2950 |
| Normal-Hemden wollgemischt | 9500 |
| 1 Posten reinwollene Klubjacken | 45000 |
| Flakko-Hemden und Hosen, 1a. Qualitäten besonders preiswert. | (1030) |
| Damen-Strümpfe englisch lang 2950, 2400 | 1750 |
| Damen-Hemden 12000, 9500, 7950 | 6950 |
| 145 cm halbleinen Bettuchstoff Meter | 8900 |
| Sämtl. Aussteuer-Artikel zu alten bill. Preisen | |
| 1 Posten Herren-Socken 2500, 1895, 1295 | 995 |
| Sportstutzen für Herren 9000, 7600 | 3500 |
| Rein Leinen Handtuch-Drell Meter | 2950 |



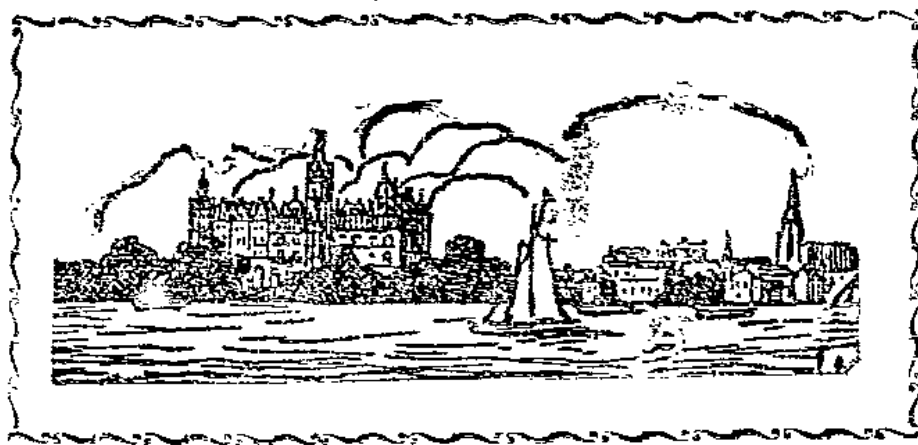
Sozialistische Arbeiter-Jugend *SP* Bezirk Mecklenburg-Lübeck

1048 Die arbeitende Jugend von Mecklenburg-Schwerin, Strelitz und Lübeck vereinigt sich zu einem Massentreffen und

Jugendtag Pfingsten 1923 in Schwerin

Dieses Treffen wird eine machtvolle Demonstration der Kraft und der Stärke unserer sozialistischen Arbeiter-Jugend-Bewegung sein.

Unsere ausländischen Bruderorganisationen sind auch in diesem Jahre eingeladen; sie werden uns die Grüße unserer Genossen jenseits der Grenzen überbringen und mit uns dem weiteren Kampf für Freiheit, Menschlichkeit und Sozialismus die Treue schwören. Jugendgenossinnen und Genossen! Pfingsten werden wir mit roten Fahnen in Schwerin einziehen, wir werfen dem Stadtleben den Stempel unserer Tagung auf. Kommt in Massen zum Jugendtag!



Programm:

Gemeinsames Treffen im Werder am Schweriner See / Begrüßungs-Feier und Fest-Abend unter Mitwirkung Schweriner Künstler / Stadt-Besichtigung / Massen-Rundgebung der Jugend und Schweriner Arbeiterschaft / Ansprache / Demonstration / Fackelzug / Tagung der Jungsozialisten / Vortrag: „Sozialismus, Kultur und Menschheit“ / Ausstellung / Großes Waldfest / Spiel und Tanz / Freilichtaufführungen.

Heraus zum Jugendtag, du Jungproletariat!

1300.— 200. pro 100. unter
Fabrikpreis

Margarine

2800.—, 3000.—, 3200.—,
Salzlos der Beier 1918

Lübecker Margarine-Zentrale.

Ganz außergewöhnlich billige Preise.

| | | | |
|-------------------|-----------|---------------------|----------|
| Manchester-Anzüge | 125 000.— | Lodenmäntel f. Dam. | 75 000.— |
| do. | 145 000.— | do. f. Herr. | 54 000.— |
| do. | 165 000.— | Somm.-Anzüge | 68 000.— |
| Manchester-Hosen | 34 000.— | „ | 75 000.— |
| do. | 39 000.— | Sommerjoppen | 24 500.— |
| do. | 53 000.— | „ | 35 000.— |

Sportanzüge 110 000.—, 250 000.—, 287 000

Stiefel, Turnschuhe, Ledergamaschen, Brotbeutel u. Zubeh.
ganz ungewöhnlich billig. (1049)

GASSENHAUS

Sporthaus

Breite Straße 83.

Fahrräder

neu eingetroffen:
Herrenräder 350 000 Mt.
Damenräder 365 000 Mt.

komplett, mit Bereifung und Freilaufnabe.

Lübische Ausfuhr-Handels-Gesellschaft
Lübeck, Schmiebestr. 24-26. Fernruf 805.

Die höchsten Preise für
Haar

zahlt
E. Mittelstädt,
Damen- u. Herr.-Friseur,
F. 3716. Adlerstraße.

Wand- u. Zahnbodenplatten
Adolf Borgwardt. (998)

F. Rehfeld, Geversstr. 31.

Herrenstiefel, schwarz, von Mt. 35 000 an
Damenhalbschuhe, schwarz, von Mt. 23 000 an
Hautschuhe, Turnschuhe, (1028)
Ausnahme von Maß und Reparatur.

Zahle höchste Preise für

| | | |
|---------|------------------|--------|
| Gold | 900 p. Gr. | 15 000 |
| | 750 | 12 000 |
| | 585 | 9 000 |
| | 393 | 4 500 |
| Silber | 900 | 450 |
| | 800 | 400 |
| | ungeft. | 350 |
| Platin | p. Gr. 70—80 000 | |
| Doublee | p. 150 an | |

Heberbiete jedes bisherige Gehof.
B. Friedmann
Nur Fleischhauerstr. 26.
Telephon 1290. (1026)

Das Buch
Erlösung von der Schwangerschaft
ist zu haben in der
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Lebensmittel.

Dampfbäckerei „Hansa“
Lübeck
D. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen überall.

Reserviert
Jul. Böttcher
Nahrungsmittelfabrik.

Hansa-Meierei

Packb. Allee 59a/b, Fernr. 281, 557

Reserviert für
Paul Erasmii & Co.
Konservenfabrik.

Reserviert für
Willi Franz Heide
Ledermittel-Großhandlung

Grütmühle Carl Moll

LÜBECK
Filter für Mühlen u. Grützmühle für junge Schweine u. Garantiert reines Schrot zum Mästen
Umtausch von Getreide in Grütze, Floccen usw.

J. HÖPPNER

Groß-Destillation
Weinhandel * Likörfabrik
Lübeck, Beckergasse 65
Fernsprecher 2047.

Das große leistungsfähige
Kaufhaus für Jedermann

Holstenhaus

Lübeck

Geschäftliche Rundschau

und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Abfahrt der Züge von Lübeck nach

Hamburg: 545, 747, 1103, 126, 417, 722, 820 D-Zug, 930 Sonnt., 935.
Irrsengünde-Miendorf: 527 Werth., 815 Travem., 207, 652.
Büchen: 800, 132, 550. — Segeberg: 130 Werthags, 210 Sonntags, 730.
Lüben: 713, 200, 648.
Kleinen: 715, 928 D, 942 D, 1202, 524, 925. (Ohne Gewähr. — Musterfahrpl.)

Lübeck's größtes Spezialgeschäft

zeigt der Bevölkerung die
Einkaufsquelle für Margarine.

Lübecker Margarine-Zentrale

A. DRESEN.

Wo kauft der Arbeiter Lübeck's seine Lebensmittel

In der Feinkosthandlung von
Paul Burmester jun.
Holstenstraße 24 * Fernsprecher 3763
und in den Verkaufsstellen Meierstraße 21, Schwäncken-
querstr. 13, Holstenstr. 3, Wakenitzstr. 23.

B. Glogner & Co.

Kanalstraße 32-34
Stahl, Eisen, Metalle,
Schrott.

Ankauf! * Ankauf!
Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle
Sämtliche Felle und Haare.
Heberbiete dauernd jede Konkurrenz.
R. Lissauer, Produktenbörse.
Hartengrube 5. * Fernruf 3601.

F. Lissauer & Goldschmidt

en gros Mühlensir. 60 en détail
zahlen immer die höchsten Tagespreise für
Eisen Metalle Lumpen Haare.

Aug. Süders

Spezialgeschäft für Strumpfwaren, Wäsche
Manufakturwaren — Wollumtausch
Huxstraße 55.

L. Lissianski

Obertrave 19
Rohprodukte.

Jörpers

Produkten-Zentrale
Schwarz. Allee 24/26 * Fernsprecher 1676
Beste Absatzquelle für
Alt-Eisen, Metalle,
Papier, Flaschen usw.
Händler, Schlosser, Schmiede, Klempner erhalten
Vorzugspreise!